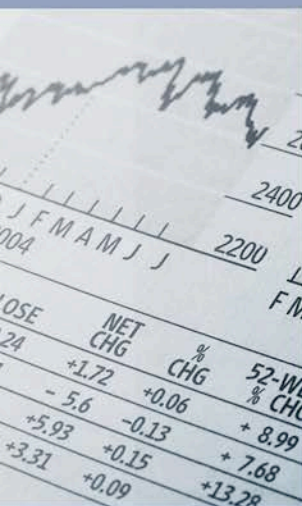


vbw

Die bayerische Wirtschaft



Argumentation

Die Soziale Marktwirtschaft als Chance für Europa

Stand: September 2014
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Die Soziale Marktwirtschaft schafft Wachstumsimpulse für Europa

Europa steht vor großen Herausforderungen. Viele Länder in der Europäischen Union leiden immer noch unter den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die neue Kommission, die zum 01. November 2014 ihre Arbeit aufnimmt, wird sich daran messen lassen müssen, ob es ihr gelingt, diese Probleme zu lösen und die Wettbewerbsfähigkeit Europas nachhaltig zu stärken.

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. ist davon überzeugt, dass das Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft wertvolle Wachstumsimpulse für Europa setzen kann. Mit unserer vorliegenden Argumentation wollen wir aufzeigen, wie eine stärkere Verankerung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene dazu beitragen kann, einen Beschäftigungsaufbau zu generieren, Investitionsanreize zu schaffen und die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben.

Mit dem Vertrag von Lissabon strebt die Europäische Union eine im hohen Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung an. Es ist nun an der Zeit, diese Pläne in die Tat umzusetzen.

Bertram Brossardt
30. September 2014

Inhalt

1	Europa und die Soziale Marktwirtschaft	1
1.1	Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland	2
1.1.1	Entstehung und Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft.....	2
1.1.2	Die Grundprinzipien und der ordnungspolitische Kanon	2
1.2	Abgrenzung zu anderen Wirtschaftssystemen	5
1.2.1	Laissez-faire Wirtschaftssysteme	5
1.2.2	Zentralverwaltungswirtschaft	6
1.2.3	Der „dritte Weg“	8
1.3	Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland aktuell	8
2	Herausforderungen für Europa	15
2.1	Probleme in der Europäischen Union.....	15
2.1.1	Arbeitslosigkeit	16
2.1.2	Deindustrialisierung und Standortqualität.....	16
2.1.3	Staatsverschuldung	18
2.1.4	Demografische Entwicklung / Humankapital	18
2.2	Die Strategie Europa 2020	19
2.3	Die Prioritäten der neuen EU-Kommission.....	22
3	Maßnahmen für Europa – Best Practice.....	25
3.1	Beschäftigung mobilisieren.....	26
3.1.1	Industrie 4.0 und Wertschöpfungstiefe	26
3.1.2	Agenda 2010	27
3.2	Investitionen stimulieren	30
3.2.1	Langfristfinanzierung	30
3.2.2	Digitale Agenda	32
3.3	Haushalte konsolidieren	33
3.3.1	Schuldenbremse.....	33
3.3.2	Generationenbilanzierung und Tragfähigkeitsanalyse	34
3.4	Humanressourcen bilden.....	35
3.4.1	Duales Ausbildungssystem	35
3.4.2	Demografiepolitik.....	36
4	Fazit	39
	Literaturverzeichnis.....	40

Ansprechpartner 43

Impressum 43

1 Europa und die Soziale Marktwirtschaft

Ein neuer Start für Europa

Am 1. November nimmt die neue Europäische Kommission unter Leitung von Jean-Claude Juncker ihre Arbeit auf. Damit tritt die Kommission eine denkbar schwierige Legislaturperiode in Brüssel an. Denn die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in Europa noch deutlich spürbar. Die stürmische Zeit des Krisenmanagements ist zwar vorbei, doch nun beginnt die Konsolidierungsphase. Der neue Kommissionspräsident hat am 15. Juli 2014 seinen Plan vorgelegt, mit welchen politischen Prioritäten er „einen neuen Start für Europa“ gestalten möchte. Dieser sieht vor allem die Fokussierung auf Wachstum und Arbeitsplätze vor. Ein ehrgeiziges Investitionsprogramm soll Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit fördern und die Integration Europas vorantreiben. Angesichts der enormen Arbeitslosigkeit, hohen Staatsschulden und geringer Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher europäischer Staaten sind tiefgreifende Maßnahmen und Reformen auch dringend nötig.

In Deutschland zeichnet sich hingegen ein ganz anderes Bild ab. Im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn geht es der Bundesrepublik trotz kurzzeitiger Eintrübung durch exogene Faktoren wirtschaftlich gut. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Mit seinem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft konnte sich Deutschland zu einer robusten Volkswirtschaft entwickeln. Auch Jean-Claude Juncker erklärt sich in seiner Agenda für die kommende Legislaturperiode als Verfechter der „sozialen Marktwirtschaft“¹. Doch was genau verbirgt sich hinter einem derartigen Wirtschaftssystem? Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist geprägt von grundlegenden Prinzipien. Sie legen den Ordnungsrahmen fest und geben damit seit vielen Jahren eine stabile Grundausrichtung.

Angesichts des „Neustarts“ lohnt sich auch für die EU ein Blick auf die Maßnahmen und Erfahrungen, die Deutschland in den vergangenen 60 Jahren mit diesem Wirtschaftssystem gemacht hat. Gerade in einer Zeit der Konsolidierung und Neuausrichtung ist es wichtig, die Wirtschaftspolitik nachhaltig und langfristig zu gestalten. In der Festlegungen der Strategie Europa 2020 wird explizit formuliert, dass die EU ihre „strukturellen Schwächen in den Griff bekommen [und] über die kurzfristigen Aufgaben hinausdenken“² müsse. Die Soziale Marktwirtschaft mit ihren ordnungspolitischen Prinzipien kann hierfür einen theoretischen, länderunabhängigen Leitfaden bieten, der gleichzeitig eine Bewertung konkreter Maßnahmen ermöglicht. Die politische Gestaltung in Deutschland in den vergangenen zwei Dekaden verdeutlicht, was die Soziale

¹ Juncker, 2014, 8

² EC, 2010

Marktwirtschaft in der Praxis bedeuten kann. Sie bietet zahlreiche Impulse, wie eine erfolgreiche Wachstumspolitik aussehen kann. Denn dazu bedarf es einer ganzheitlichen Strategie, die Beschäftigung, Investitionen, öffentliche Finanzen und Humanressourcen einbezieht.

1.1 Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland

1.1.1 Entstehung und Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft entstand aus einem langen Prozess von geschichtlichen und wirtschaftstheoretischen Entwicklungen, die nach dem zweiten Weltkrieg den Anstoß für die Umsetzung einer neuen Wirtschaftsordnung gaben. Das Deutschland der Nachkriegszeit stand vor einer Reihe gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen und hatte als Besatzungszone kein eigenes zielgerichtetes Wirtschaftssystem. Bereits während des Krieges wurden von Wissenschaftlern und politischen Gruppierungen jedoch Pläne für eine Wirtschaftsordnung für die Zeit nach dem Krieg entworfen, welche bis dahin geltende und angewandte Theorien weiterentwickelten. Zu diesen Kreisen gehörten auch Ludwig Erhard in Nürnberg und die geistigen Träger der Freiburger Schule um Walter Eucken. Sie arbeiteten weitgehend unabhängig voneinander an freiheitlichen Konzepten zur wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands. Als Wirtschaftsminister verfolgte Erhard später das Ziel, die Bevölkerung rasch mit den nötigsten Gütern zu versorgen und den „Wohlstand für alle“ zu mehren. Dafür setzte er ein Wirtschaftskonzept ein, das die Grundsätze des Ordoliberalismus der Freiburger Schule aufgriff und gleichzeitig die Besonderheiten der praktischen Umsetzung in Deutschland beachtete. Dabei handelt es sich um ein Wirtschaftskonzept, das Freiheit auf Märkten mit sozialem Ausgleich verbinden sollte. Mithilfe der Sozialen Marktwirtschaft gelang es anschließend nicht nur, ein „Wirtschaftswunder“ zu vollbringen, sondern den Wohlstand Deutschlands kontinuierlich auszubauen und auch jüngere Rezessionen relativ unbeschadet zu durchschreiten. Diese Entwicklung wird – neben der stabilen industriellen Basis – insbesondere der soliden ordnungspolitischen Rahmenordnung der Sozialen Marktwirtschaft zugeschrieben, die ein zu hohes Maß an Volatilität in der Wirtschaftspolitik verhindert und einen klaren Gestaltungskurs für die Rahmenordnung vorgibt.

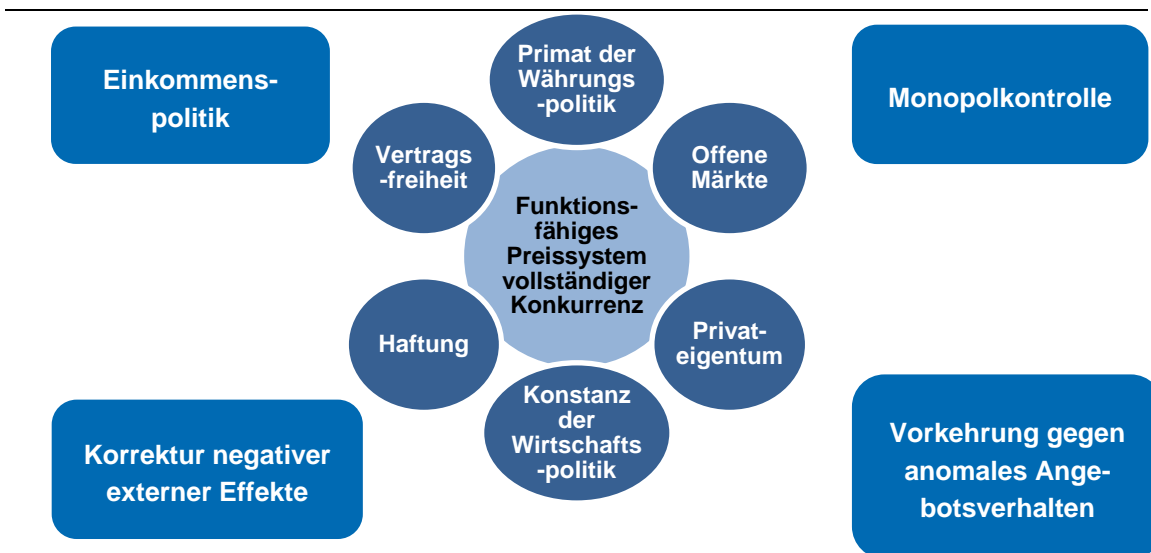
1.1.2 Die Grundprinzipien und der ordnungspolitische Kanon

Die seit vielen Jahrzehnten bewährte Grundlage für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung bildet der Kanon der ordnungspolitischen Prinzipien. Er geht zurück auf den Nationalökonom Walter Eucken. In seinem Buch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ legt

er die ordnungspolitischen Prinzipien fest, welche die Grundlage einer funktionierenden Wettbewerbsordnung bilden sollen. Die zentralen, seit 1952 unveränderten Prinzipien (Abbildung 1) lassen sich – wie von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft im Rahmen verschiedener Ordnungspolitischer Berichte³ immer wieder gezeigt – sehr gut zur systematischen Analyse und Bewertung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen nutzen. Aufgrund von Entwicklungen auf den Finanzmärkten und gesellschaftliche Veränderungen, die Eucken und seine Mitstreiter ihrer Zeit nicht vorhersehen konnten, wurde der traditionelle Kanon im Kontext der ordnungspolitischen Berichte nur um die Aspekte „Mitverantwortung“, „Reaktionsnotwendigkeiten bei systemischen Risiken“ und „Überwindung von Informationsasymmetrien“ ergänzt (für eine ausführliche Beschreibung des Prinzipienkanons siehe vbw, 2012)

Abbildung 1

Ordnungspolitische Prinzipien nach Walter Eucken



Quelle: vbw, 2012

Eine funktionierende Wettbewerbsordnung wird durch die Signalwirkung frei schwankender, unverzerrter Preise konstituiert. Deren Sicherstellung stellt ein ökonomisches Grundprinzip dar, welches allen anderen Prinzipien systematisch vorgelagert ist. Es muss in einer Wettbewerbsordnung unbedingt zugelassen und ermöglicht werden, damit die Lenkungs- und Informationsfunktion der Preise gewährleistet ist. Preise verdichten die Informationen über Knappheit, Qualität, Angebot und Nachfrage. Staatliche festgesetzte Höchst- oder Mindestpreise beziehungsweise -löhne verzerren diese Informationen.

³ vbw, 2012, 2013, 2014a

Als Stütze für ein solches funktionsfähiges Preissystem fungieren die Prinzipien, die die Bedingungen des Tauschs sicherstellen. Sie ermöglichen, dass der Preismechanismus durch individuelle Transaktionen am Markt gesteuert wird. Zunächst sind offene Märkte eine Grundvoraussetzung, um ein gewisses Maß an Wettbewerbsdruck aufrechtzuhalten und um durch die Nutzung komparativer Kostenvorteile effizienter zu wirtschaften. Jede Form von protektionistischer Politik mindert die Effizienz des Marktes und muss daher vor dem Hintergrund ordnungspolitischer Konsistenz vermieden werden. Gleichzeitig ist es eine wichtige Aufgabe der Politik, das Privateigentum zu sichern, da nur von einer stabilen Eigentumsbasis Investitionen getätigt werden und Akteure sich nur bei ausreichender und garantierter Verfügungsmacht über den eigenen Besitz in den Wettbewerb begeben. Eigentum sorgt dabei auch für verantwortlicheren Umgang mit der entsprechenden Ressource und deren effizienteren Einsatz. Mit dem Eigentum einher geht auch die Vertragsfreiheit, da wirtschaftliche Entscheidungen dezentral und freiwillig getätigt werden müssen, um zu guten und gewünschten Ressourcenallokationen zu führen. Das funktioniert langfristig nur, wenn das Prinzip der Eigenverantwortung und Haftung fest in der Gesellschaft verankert ist und auch politisch durchgesetzt wird. Sind die Akteure für die Folgen ihrer Handlungen nicht vollumfänglich haftbar, handeln sie auf Dauer nicht verantwortlich, sondern fahrlässig oder sogar ausbeuterisch.

Sind die Bedingungen des Tauschs erfüllt, bedarf es für eine funktionierende Wettbewerbsordnung der Systembedingungen. Der einzelne Bürger hat durch Vertragsfreiheit und Privateigentum zahlreiche Handlungsspielräume. Damit er diese nicht überschreitet, greift das Prinzip der Haftung. Da jedoch nicht alle Handlungsmöglichkeiten überwacht werden können und ein System nur funktionieren kann, wenn es von der Gesellschaft mitgetragen wird, muss die Mitverantwortung in der Gesellschaft verankert werden. Die Verantwortung kann nicht alleine vom Staat übernommen werden, sondern muss auch von seinen einzelnen Gesellschaftsmitgliedern erfolgen. Besonders wichtig für die Gestaltung einer Wettbewerbsordnung ist darüber hinaus die Konstanz der Wirtschaftspolitik. Die einzelnen Akteure müssen Vertrauen in das System aufbauen können, damit sie bereit sind, Investitionen zu tätigen. Gleichzeitig ist es für dauerhaftes Wachstum wichtig, kurzfristige, sich gegenseitig aufhebende oder gegensteuernde Maßnahmen zu vermeiden. Für die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus ist eine stabile Währung notwendig. Das Primat der Währungspolitik ist daher zu wahren.

Durch die Regulierende Politik schützt der Staat vor Machtverschiebungen und unerwünschten Nebeneffekten der freien Märkte. Wettbewerbspolitik als Antwort auf Macht ist notwendig, um Kartell- und Monopolbildung zu unterbinden. Der Markt kann nämlich nur bei vollständiger Konkurrenz seine wohlfördernden Effekte für alle entfalten. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise lehrte, dass auch Finanzmarktpolitik dem systemischen Risiko entgegengesetzt werden muss. Die Finanzmärkte haben eine zentrale Rolle für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und müssen daher einheitlich ausgerichtet werden. Da es auch bei vollständiger Konkurrenz zu Situationen des Marktversagens kommen kann, sollte die Politik für die Internalisierung externer Effekte sorgen und öffentliche Güter bereitstellen. Hier hat der Staat die zentrale Leitungsrolle inne, die der Markt nicht übernehmen kann. Dies gilt auch, wenn es im Falle von Krisen zu

abrupter und systemischer Unordnung kommt. Staatliche Eingriffe sind hier sinnvoll. Es ist jedoch wichtig, dass diese zur Mindestabsicherung genutzt werden und nicht den Preismechanismus aushebeln. Besonders bei staatlichen Eingriffen, die das Ausnutzen von Notlagen im Falle von Anomalie des Angebots unterbinden, muss hierauf geachtet werden. Sie sind aber notwendig, um vollständige Konkurrenz und Sozialverträglichkeit des Marktes zu erhalten. Eine letzte Aufgabe besteht für den Staat darin, Informationsasymmetrien zwischen Akteuren zu überwinden, indem er Transparenz schafft. Hier kommt ihm eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Bürgern zu, welche die Souveränität des Einzelnen nicht einschränkt.

1.2 Abgrenzung zu anderen Wirtschaftssystemen

Wie aus den ordnungspolitischen Prinzipien deutlich wird, verbindet die Soziale Marktwirtschaft Elemente liberaler Wirtschaftssysteme mit Elementen staatlich gelenkter Wirtschaftssysteme. Damit beschreitet sie gleichsam einen „dritten Weg“⁴ oder stellt einen „dritten Typ der Ordnungen“⁵ dar. Zum besseren Verständnis dieser Idee ist ein Blick auf die ersten beiden Wege bzw. Ordnungen sinnvoll. Seine Rein- oder Extremform findet ein liberales Wirtschaftsmodell in einem Laissez-faire Systems. Ein vollständig vom Staat gesteuerte Wirtschaft entspricht einer Zentralverwaltungswirtschaft. Zur Zeit der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft konnten die Gründerväter bereits aus Erfahrungen mit beiden Wirtschaftssystemen schöpfen.⁶ Eucken leitete seine ordnungspolitischen Überlegungen aus seinen Beobachtungen und Analysen der beiden Wirtschaftstypen ab.

1.2.1 Laissez-faire Wirtschaftssysteme

Die Wirtschaftspolitik des Laissez-faire wurde vor allem im industriellen Zeitalter des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts konzipiert und durchgesetzt. Ihr Grundgedanke lag in der Herrschaft der Konsumenten über alltägliche Wirtschaftshandlungen durch Gewerbe- und Verkehrsfreiheit, welche zugleich die Wirtschaft ordnen sollten. Zwar bestand das Laissez-faire-Wirtschaftssystem nicht in einer „staatsfreien Wirtschaft“, da Eigentums-, Vertrags, Gesellschafts- oder Patentrechte streng geregelt waren, wohl aber in einer Freiheit der Wirtschaftsordnung von staatlicher Überwachung oder Eingriffen⁷. Aus der Überzeugung heraus, dass die beste Wirtschaftsordnung sich aus spontanen Marktkräften ergebe, hob man Regulierungen und Einschränkungen auf und vertraute auf die Kräfte der vollständigen Konkurrenz, die zur besten Allokation führen. Unter dieser Wirtschaftsordnung konnten tatsächlich großes wirtschaftliches

⁴ Rüstow, 2001: 141

⁵ Eucken, 1952: 244

⁶ Eucken, 1952

⁷ Eucken, 1952

Wachstum und Fortschritte in der Produktion erreicht werden. Die vollständige Freiheit wurde jedoch auch dazu genutzt, Wettbewerb und Konkurrenz zu umgehen, indem sich Unternehmen zusammenschlossen. Dadurch entstanden auf vielen Arbeitsmärkten Monopole von Arbeitgebern und teilweise Regionen- oder branchenweite Kartelle. „Unternehmenskonzentration, Verstädterung, Unpersönlichkeit und soziale Härte der aufkommenden Fabrikarbeit oder auch der Verlust an Bodenständigkeit“ führten zu sozialen Problemen, die aufgrund der Fokussierung des Liberalismus als Wirtschafts-ideologie leicht ausgeblendet wurden⁸. Damit lagen die Kehrseiten der Erfolge des Laissez-faire in großer sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Unruhe.

Von einer Wirtschaftspolitik des Laissez-faire grenzten sich die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft entschieden ab. Die Marktkräfte seien im Liberalismus gleichsam als übernatürliche Gesetze gesehen worden und ihr eigentlicher Zweck, nämlich die Versorgung der Menschen mit Gütern, sei aus dem Blick geraten, so Alexander Rüstow. Um die Kräfte einer freien Marktwirtschaft zu bändigen und sie zum Zwecke der Wohlstandssteigerung für alle einzusetzen, bedürfe es an bestimmten Stellen des Eingriffes des Staates. Um die vom Liberalismus gewollte Synchronisierung von Einzel- und Gesamtinteressen zu erreichen, bedürfe es einer „Marktpolizei“, die die vollständige Konkurrenz in der privaten Wirtschaft sicherstellt. Damit erkannten die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, dass der reine Wettbewerb nicht in der Lage ist, gesellschaftliche Integration zu ermöglichen. Um Wohlstand und Integration zu erreichen, müssen solide Rahmenbedingungen am Rande des Marktes und eine stringente Wettbewerbsordnung umgesetzt werden.

Den reinen Laissez-faire Staat gibt es nicht mehr, doch angelsächsisch geprägte Länder, wie die USA, orientieren sich stärker an dessen Prinzipien. Über lange Jahre führte die liberale Wirtschaftspolitik zu hohem Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Jedoch wird deutlich, dass in der Folge die Ungleichheit in den USA relativ hoch ist. Fast ein Drittel der Bevölkerung verfügt über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens. Der Gini-Koeffizient, bei dem null absolute Gleichverteilung und eins absolute Einkommenskonzentration anzeigt, liegt mit einem Wert von 0,417 relativ hoch. Zum Vergleich: Deutschland hat einen Wert von 0,289⁹.

1.2.2 Zentralverwaltungswirtschaft

Nach dem ersten Weltkrieg begann eine neue Ära der Wirtschaftspolitik. Im Laufe des 20. Jahrhunderts fand in vielen Ländern eine radikale Neuordnung statt. Anstatt wie zuvor die Gestaltung des Wirtschaftsprozesses und damit die automatische Gestaltung der Wirtschaftsordnung den Individuen zu überlassen, wurde beides nun staatlich be-

⁸ Schüller, Krüsselberg, 2004, 39

⁹ Niehues, 2014

stimmt. In sogenannten „Staatswirtschaften“ oder zentralen Wirtschaftsverwaltungen legen staatliche Planstellen fest, welches Gut in welchen Mengen produziert wird und an wen es verteilt wird. Dafür entschieden Zentralstellen über den Einsatz von Produktionsmitteln und Arbeitskraft.

In Deutschland wurde diese Politik von 1936-1945 sowie in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1990 verfolgt. Die Politik der zentralen Wirtschaftslenkung hat das Ziel der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Dabei kann der Staat als zentrales Verwaltungsorgan das Sozialprodukt nach Gerechtigkeitsaspekten verteilen. Die Komplexität der Wirtschaftsprozesse ist allerdings zu groß, als dass sie zentral geplant werden könnte, um Ressourcen effizient einzusetzen. Sowohl die Ermittlung von Bedarf und Angebotskapazität muss von der Planungsstelle erfolgen, als auch die Verhandlung mit anderen Planungsstellen über die Verteilung der dazu notwendigen Ressourcen und der Endprodukte. In Zentralverwaltungswirtschaften wird relativ leicht Vollbeschäftigung hergestellt, da der Staat künstlich Arbeitsplätze durch (teilweise unsinnige) Investitionen schaffen kann.

Diese Investitionen werden aber nicht von entsprechendem Sparkapital gedeckt, sondern durch Geldschöpfung, welche Inflation nach sich zieht. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts standen den Investitionen in bestimmten Branchen oft keine Investitionen in komplementären Branchen gegenüber, sodass keine Produktivitätszuwächse erreicht werden konnten. Letztendlich kam es so auch in Zentralverwaltungswirtschaften zu Missständen bei der Versorgung mit Gütern und zu sozialer Not. Aufgrund der falschen Anreize und fehlender Korrektur bei externen Effekten kam es zu Ressourcenverschwendung. Individuelle Freiheit wurde unterbunden und persönliche Entscheidungen vom Staat gelenkt. Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft konnten damals noch nicht die Folgen der Planwirtschaft in der Sowjetunion absehen. Sie stützten sich auf die Erfahrungen, die während der Wirtschaftsordnung des zweiten Weltkrieges gemacht wurden.

Einige Länder orientieren ihre Wirtschaftspolitik stärker an zentralstaatlichen und interventionistischen Modellen. Frankreich beispielsweise präferiert ein System, in dem staatlich gelenkten Investitionen („Planification“) getätigt werden und einige Industrieunternehmen unter staatlicher Beteiligung und Einflussnahme handeln. Gleichzeitig pflegt das Land ein großzügiges Umverteilungssystem. Mit dieser Wirtschaftsordnung steht Frankreich heute vor erheblichen Problemen: Die schrumpfende Industrie ächzt unter dem hohen Kostendruck der Sozialsysteme und ist wenig innovativ. Der Staat mischt sich „zum Schutz strategischer Interessen“ in Industrieentscheidungen ein und verunsichert damit inländische und ausländische Investoren. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Problematik für Frankreich offengelegt. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei über zehn Prozent, die öffentlichen Haushalte weisen große strukturelle Defizite auf und die Wirtschaft wächst kaum.

1.2.3 Der „dritte Weg“

Die Betrachtung der Reinformen der beiden Wirtschaftssysteme zeigt, dass sie zu untragbaren Zuständen führen. Diesen Schluss zog schon Eucken in seinen Analysen und stellt deshalb fest, dass die Laissez-faire-Wirtschaft in der Praxis ebenso versagt habe wie die zentrale Planwirtschaft. Er suchte deshalb nach einer anderen Form der Wirtschaftsordnung, die den Gegebenheiten einer industrialisierten Wirtschaft entsprechen kann. Hier sah er die Rolle der Ordnungspolitik, die versucht, „die Formen des Wirtschaftens zu gestalten oder die Bedingungen zu beeinflussen, unter denen sie entstehen. Nicht Ideologien über Kapitalismus, Sozialismus usw., sondern das ordnende Denken leitet das ordnungspolitische Handeln“¹⁰. Damit entkoppelt Eucken die Wirtschaftsordnung von politischen Ideologien und ebnet gleichzeitig den Weg für eine Verbindung von Elementen beider Wirtschaftsmodelle.

Das Versagen der effizienten Lenkung in einer Planwirtschaft macht deutlich, dass der Wirtschaftsprozess, wie im Laissez-faire vorgesehen, von den einzelnen Akteuren und Betrieben gelenkt werden muss. Da die wohlfördernden Effekte aber nur zum Wohle aller entfaltet werden können, wenn vollständige Konkurrenz herrscht, muss es eine Wettbewerbsordnung geben, die vom Staat durchgesetzt wird. Eine solche Wettbewerbsordnung zielt darauf ab, alle Akteure in den Wirtschaftsprozess zu integrieren und ein langfristiges Gleichgewicht zwischen Marktparteien herzustellen. Aus den historischen Rückblicken gewann Eucken daher ordnungspolitische Prinzipien, die nicht etwa aus einer Ideologie entstanden, sondern aus der Erfahrung mit Wirtschaftspolitik als praktische Umsetzungsmöglichkeit. Da wirtschaftspolitische Maßnahmen immer im Kontext der Gegebenheiten der Zeit gesehen werden müssen, in denen sie eingesetzt werden sollen, kann die Anwendung der Prinzipien unterschiedlich aussehen. Unzusammenhängende, kurzfristig attraktive Maßnahmen verfehlen dabei vielfach das Ziel der langfristigen Stabilität. Deshalb dienen die ordnungspolitischen Prinzipien als Anker, um systemfremde, zeitlich bedingte Tendenzen, die sich aus dem konkreten politischen und historischen Moment ergeben, zu unterbinden. Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist es, die Balance zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit zu halten. Die ordnungspolitischen Prinzipien können als Prüfinstrument dafür sorgen, dass das Gleichgewicht zwischen beiden Polen nicht gefährdet wird.

1.3 Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland aktuell

Mit der Sozialen Marktwirtschaft ist es in Deutschland gelungen, sich im Laufe der Zeit zu einem fortschrittlichen und wohlhabenden Land zu entwickeln, das einerseits soziale Sicherheit bietet und andererseits die persönliche Freiheit der Menschen ermöglicht.

¹⁰ Eucken, 1952: 242

Dieser Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft wurde nicht nur in der Nachkriegszeit, sondern zuletzt auch seit Mitte der 2000er Jahre deutlich.

Gerechtigkeit

In einem internationalen Gerechtigkeitsvergleich von 28 OECD Staaten liegt Deutschland im Durchschnitt über sechs Gerechtigkeitsdimensionen (Chancen- und Bedarfs-, Leistungs- und Einkommens- sowie Regel- und Generationengerechtigkeit) auf dem siebten Rang. Entgegen der Wahrnehmung in der Bevölkerung, ist Deutschland damit eines der gerechtesten Länder der Welt, in dem zum Beispiel auch das Armutsrisiko ähnliche gering ist wie in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten¹¹. Auch andere Studien bestätigen diesen Befund¹². Damit sorgt die Soziale Marktwirtschaft für ein hohes Maß an Gerechtigkeit und löst eines der Versprechen des Dritten Weges ein.

Wirtschaftsleistung

„Die deutsche Wirtschaft hat die Krise bemerkenswert gut überstanden“. Das attestiert die Europäische Kommission der Bundesrepublik¹³. Tatsächlich schloss sich an den Konjunkturreinbruch von 2008 und 2009 eine erneute, wenn auch moderate Wachstumsphase an (Abbildung 2). Auch für das Jahr 2014 prognostiziert das Bundeswirtschaftsministerium eine Steigerung des BIP um 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und für 2015 von zwei Prozent¹⁴. Diese Entwicklung ist kein Zufall. Denn bereits zuvor gelang es Deutschland immer wieder, kritische Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung zu überwinden. Zunächst nach der Wiedervereinigung zu Beginn der 90er Jahre mit der erfolgreichen Integration der ostdeutschen Wirtschaftsbereiche und erneut Mitte der 2000er Jahre mit der deutlichen Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit und erfolgreichen Wachstumsimpulsen. Diese Vorbereitungen schufen auch die Grundlage für die vergleichsweise milden Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Auffallend ist dabei, dass Deutschland sich in den letzten eineinhalb Dekaden von einem wirtschaftlichen Nachzügler zu einem Wachstumsmotor innerhalb der EU entwickelt hat (Abbildung 3). Mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 weist Deutschland seit 2006 kontinuierlich höhere Wachstumsraten auf als der EU 15-Durchschnitt. Vor rund 15 Jahren konnte davon noch keine Rede sein. Damals wurde Deutschland vom renommierten Wirtschaftsmagazin «The Economist» sogar als „kranker Mann Europas“ bezeichnet¹⁵.

¹¹ Enste; Haas; Wies, 2013

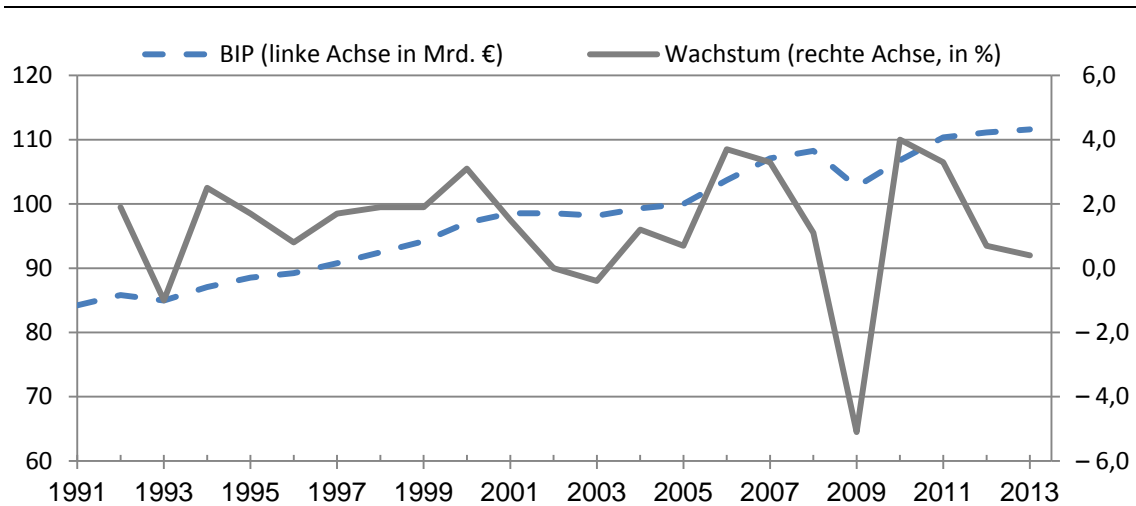
¹² Niehuis, 2014

¹³ EC, 2014: 19

¹⁴ BMWI, 2014a

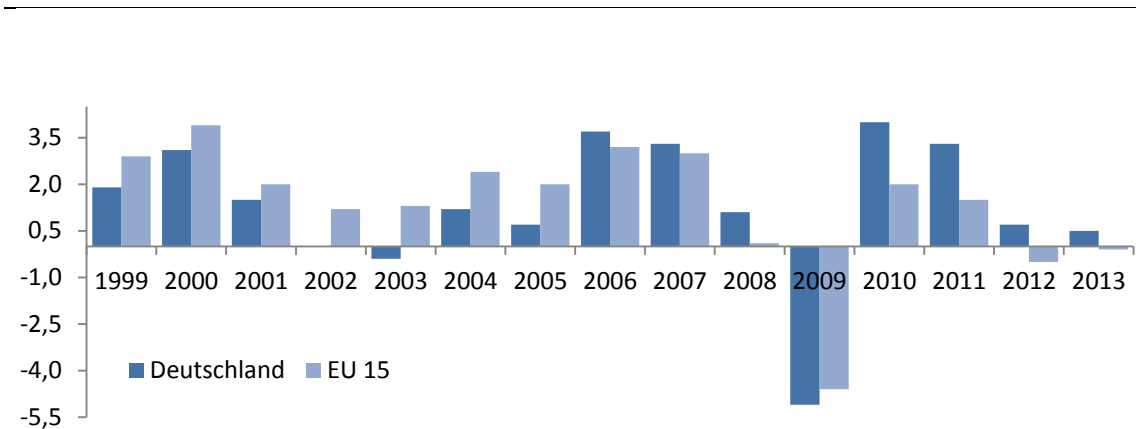
¹⁵ The Economist, 1999

Abbildung 2

Die Entwicklung des BIP in Deutschland von 1991 bis 2013

Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, in Mrd. Euro; BIP-Wachstum ggü. Vorjahr in Prozent;
Quelle: Statistisches Bundesamt, 2014

Abbildung 3

Das BIP Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Deutschland im Vergleich zum EU15 Durchschnitt von 1999 bis 2013, in Prozent

Quelle: Eurostat, 2014

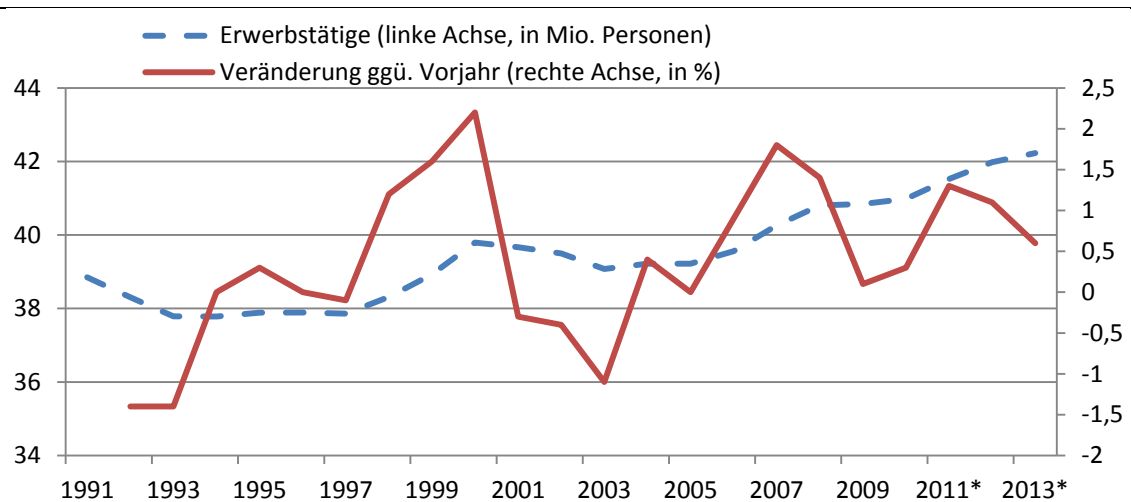
Arbeitsmarkt

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch beim Blick auf den Arbeitsmarkt. Hier gelang es Deutschland, die strukturelle Arbeitslosigkeit deutlich zu reduzieren (Abbildung 4), so dass heute der höchste Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung erreicht wird. Die Entwicklung der letzten 15 Jahre ist dabei zu großen Teilen den Reformen der Agenda 2010 zu verdanken. Die Lohnstückkosten konnten gedämpft werden, in der Konsequenz gewann Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig wurden Arbeitsmarktreformen eingeführt, die die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit bekämpften. Das geringe Ausmaß an Entlassungen während der Krise ist aber auch den Kurzar-

beitsmaßnahmen zu verdanken. Hierbei zeigte sich die gute Kooperationsfähigkeit von Gewerkschaften, Verbänden und Politik. Innerhalb der EU waren Deutschland und Malta die einzigen beiden Länder, die ein kontinuierliches Wachstum der Erwerbstätigenquote zwischen 2002 und 2013 verzeichnen konnten.

Abbildung 4

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland von 1991 bis 2013



Erwerbstätige mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept); *vorläufiges Ergebnis;
 Quelle: Statistisches Bundesamt, 2014

In den anderen Ländern stieg diese Quote zwar auch seit 2002 an, sank jedoch seit der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich und erholte sich nur in einigen Ländern wieder einigermaßen (in der Tschechische Republik, Estland, Frankreich, Lettland, Litauen, Ungarn, Rumänien, Schweden und dem Vereinigten Königreich). Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Ländern Europas ist dabei besonders besorgniserregend. In Spanien waren im Januar 2014 55 Prozent der unter 25-Jährigen arbeitslos¹⁶. Im EU 28-Durchschnitt ist mehr als jeder fünfte junge Mensch im erwerbsfähigen Alter ohne Job. Deutschland hat im Vergleich dazu mit der Jugendarbeitslosigkeit keine Probleme. Mit einem Erwerbsanteil von 92 Prozent haben in Deutschland auch dank des dualen Ausbildungssystems europaweit die meisten jungen Menschen einen Job, was ein wichtiger Baustein für Chancengerechtigkeit ist.

Industrie-Dienstleistungsverbund und Netzwerke

Die Industrie ist in Deutschland eine wichtige Säule des Wirtschaftsmodells. Sie trägt mit rund 22 Prozent nicht nur alleine deutlich zur Wertschöpfung in Deutschland bei¹⁷,

¹⁶ Eurostat, 2014

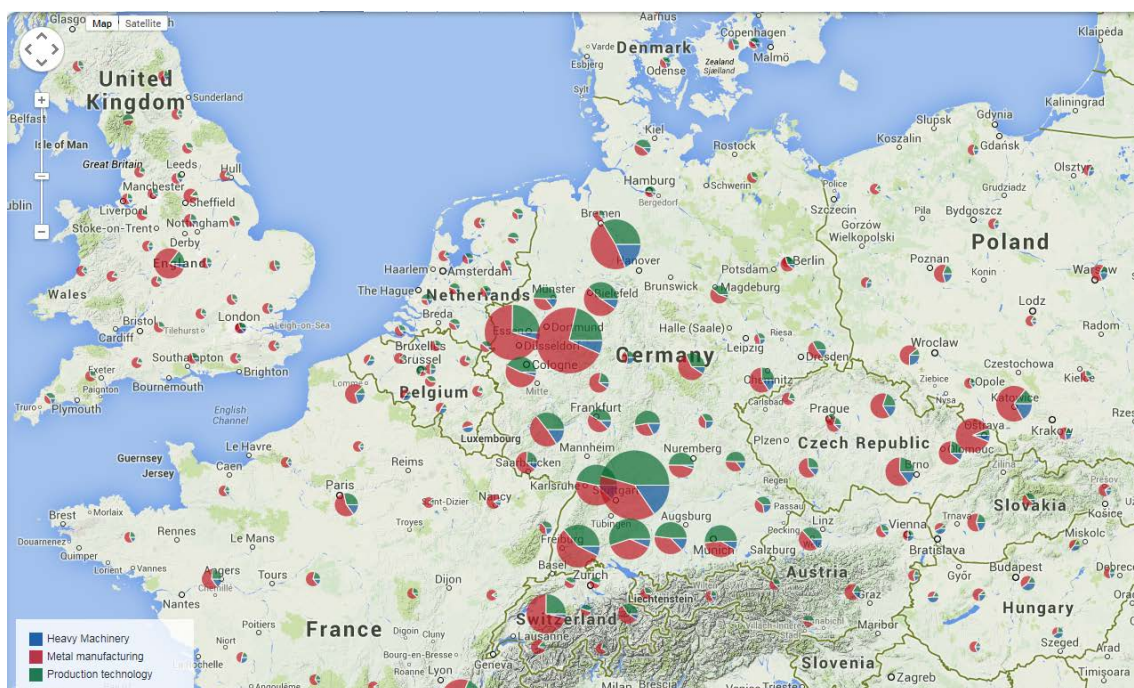
¹⁷ BMWi, 2014a

sondern erhöht diesen Anteil durch den Vorleistungsverbund mit den Dienstleistungsbranchen sogar ca. auf ein Drittel¹⁸. Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern konnte der starke Deindustrialisierungstrend der letzten Jahrzehnte in Deutschland gestoppt und teilweise umgekehrt werden.

Die deutsche Netzwerkökonomie ist dabei besonders fähig, komplexe und maßgeschneiderte Lösungen zu finden und ein differenziertes Leistungsspektrum anzubieten. Durch den Verbund von Firmen, Zulieferern, Wissenschaft, Instituten etc. in geographisch nahen Gruppen, sogenannten Clustern, können spezialisierte Produkte effizient hergestellt werden. Das Geschäftsmodell Deutschland sieht die Spezialisierung auf hochqualitative und individuell angepasste Produkte vor. In keinem anderen europäischen Land ist die Clusterdichte in industrienahen Branchen so hoch wie in Deutschland. Betrachtet man die drei wichtigen Bereiche Maschinenbau, Metallverarbeitung und Produktionstechnologie, finden sich über fast ganz Westdeutschland, mit Konzentration in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein Westfalen, große Cluster (Abbildung 5).

Abbildung 5

Clusterverteilung und -größe in ausgewählten Industriebranchen und Ländern



gemessen in Mitarbeiterzahlen der Branchen „heavy machinery“, „metal manufacturing“ und „production technology“;
Quelle: European Cluster Observatory, 2014

¹⁸ IW Consult, 2012

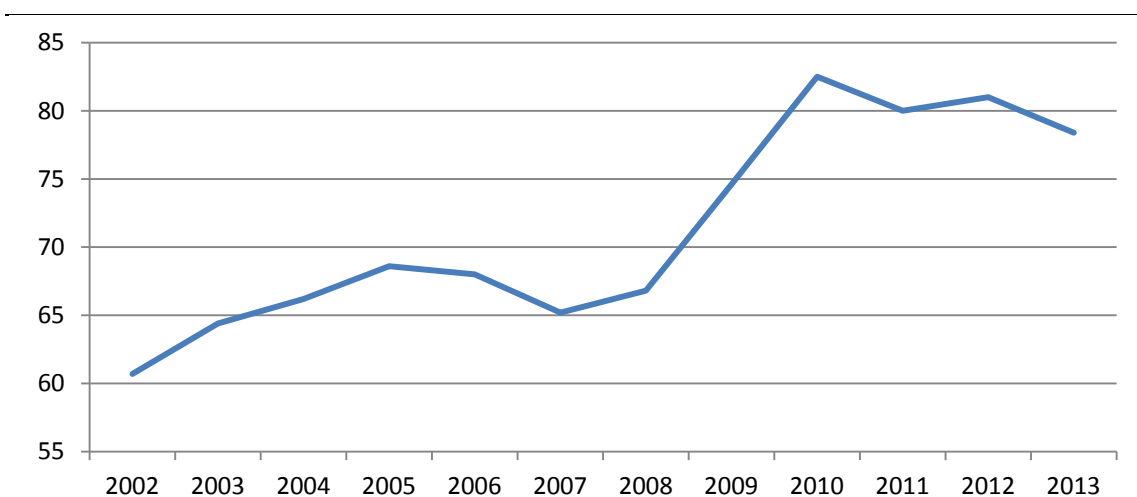
Deutschland zeichnet sich darüber hinaus durch eine breite Streuung der Cluster über Branchen hinweg aus. Während sich Cluster in vielen anderen Ländern auf bestimmte Branchen konzentrieren, z.B. Chemie- und Pharmabranche in der Schweiz, gibt es in Deutschland über alle vier großen Bereiche (Automobil, Luft- und Raumfahrt; Maschinenbau und Metallindustrie; Elektroindustrie und IT; Chemie-, Pharmaindustrie und Biotechnologie) große Clusterstrukturen.

Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung ist in Deutschland seit vielen Jahren auf der politischen Agenda. Mit Einführung der Schuldenbremse wurde das Ziel der Absenkung der Staatsverschuldung sogar Teil des Grundgesetzes und damit verfassungsrechtlich institutionalisiert. Diese hohe Priorisierung der Ausgewogenheit der öffentlichen Finanzen ist auch sinnvoll, um die nötige Haushaltsdisziplin zu wahren und ein gerechtes Verhältnis gegenüber zukünftigen Generationen herzustellen. Erste Erfolge der solideren Finanzpolitik sind schon zu verzeichnen, wenngleich diese vor allem auch auf die gute konjunkturelle Lage zurückzuführen sind. Zwar liegt die Verschuldung in Deutschland noch immer über dem Maastricht-Kriterium von 60 Prozent des BIP, jedoch zeigt sich bereits ein Abwärtstrend, der durch die Krise unterbrochen wurde (Abbildung 6). Von 2005 bis 2007 sank der Anteil der Staatsverschuldung am BIP aufgrund der konjunkturellen Lage und der hohen Beschäftigung. Dieser Trend setzt sich – auf höherem Niveau – nach der Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2010 fort. Ab dem Jahr 2016 ist – bei Einhaltung der Schuldenbremse – kein strukturelles Defizit des Bundes mehr zu erwarten. Ab 2020 dürfen auch die Länder keine Kredite mehr zur Beseitigung struktureller Haushaltsdefizite mehr aufnehmen.

Abbildung 6

Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland in Prozent des BIP von 2002 bis 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2014

2 Herausforderungen für Europa

Performance-Indikatoren und geplante Reformmaßnahmen

2.1 Probleme in der Europäischen Union

Die EU hat die akute Phase der Wirtschafts- und Finanzkrise und der sich anschließenden Staatsschuldenkrise zwar ansatzweise überwunden, aber von einer nachhaltigen Besserung ist sie weit entfernt. Die Krise hat auf dem Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen. Die Industrie kämpft aufgrund des anhaltenden Strukturwandels und fragwürdiger politischer Entscheidungen europaweit um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Staatsverschuldung liegt weiterhin weit über dem tragbaren Maß und demografische Probleme werfen ihre Schatten bereits voraus.

Auch die Erwartungen der Unternehmen für die EU als Standort in den kommenden 10 Jahren sind gemischt (Tabelle 1). Für Europa als Absatzmarkt für das Verarbeitende Gewerbe erwartet rund ein Drittel der befragten Unternehmen eine Besserung, für Bau und Dienstleistungen sogar 41 Prozent. Schlechtere Erwartungen gibt jeweils nur ein Fünftel an. Die Aussichten für Europa als Standort sind jedoch weniger optimistisch. Fast die Hälfte der befragten Unternehmen erwartet eine Verschlechterung für das Verarbeitende Gewerbe, für Bau und Dienstleistungen knapp ein Drittel.

Tabelle 1

Erwartungen der Unternehmen für Europa als Absatzmarkt und Produktionsstandort bis zum Jahr 2025

	<i>Erwartungen für Absatzmärkte</i>		<i>Erwartungen für Produktionsstandort</i>	
	Verarbeitendes Gewerbe	Bau und Dienstleistungen	Verarbeitendes Gewerbe	Bau und Dienstleistungen
Wird besser	31,8%	40,9%	17,6%	36,6%
Bleibt gleich	49,1%	40,7%	35,4%	34,7%
wird schlechter	18,9%	18,5%	46,9%	28,7%

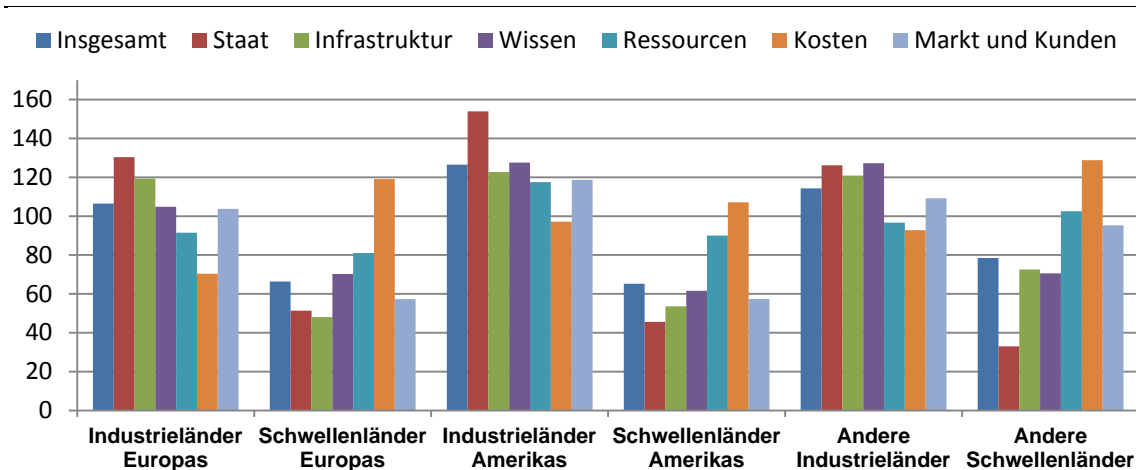
n=599 europäische Unternehmen; befragt im Frühjahr 2014; Quelle: IW Consult, 2014

Auch die Standortindikatoren sind schlechter als in anderen Ländergruppen. Die Industrieländer Amerikas (Kanada, USA) weisen bessere Standortbedingungen auf als die meisten Industrieländer Europas und die Schwellenländer Europas weisen deutliche Defizite gegenüber anderen Schwellenländern auf (Abbildung 7). Die höchsten

Werte erreichen die Industrieländer Europas noch beim Index Staat, also u.a. hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen, verlässlichen Rechtsprechung und der Qualität der Infrastruktur.

Abbildung 7

Standortqualität nach Themenfeldern, Niveauindex für das Jahr 2010



Alle Ländergruppen = 100; Durchschnitt der Indexwerte aller Themenfelder = 100; Indexwerte für Ländergruppen gewichtet mit der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes der einzelnen Länder; Quelle: Kroker / Lichtblau, 2013

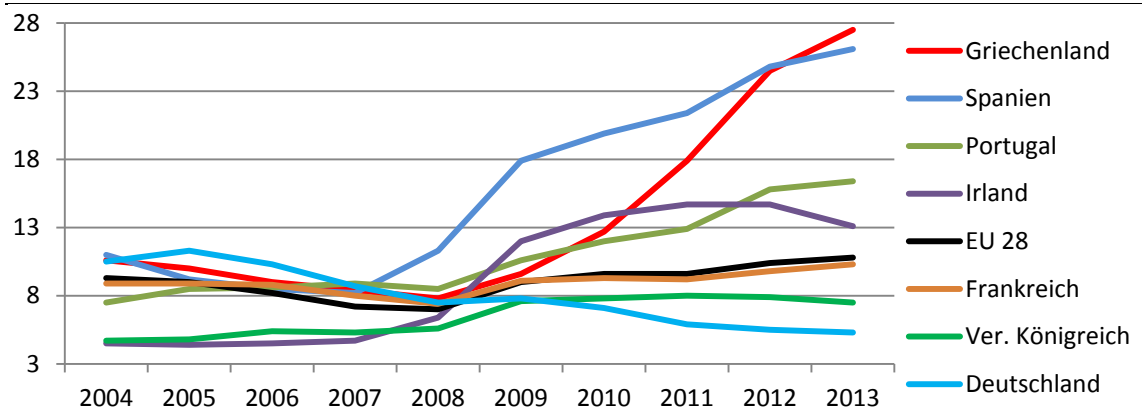
2.1.1 Arbeitslosigkeit

Die hohe Arbeitslosigkeit ist ein Hauptproblem der EU. Seit dem Ausbruch der Krise stieg die Zahl der Arbeitslosen von ohnehin schon hohen Werten stark an (Abbildung 8). Im Durchschnitt der 28 Länder liegt die Arbeitslosenquote im Jahr 2013 bei 10,8 Prozent. Griechenland führt die Statistik in Europa an. Mit rund 27,5 Prozent liegt der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung hier am höchsten.

2.1.2 Deindustrialisierung und Standortqualität

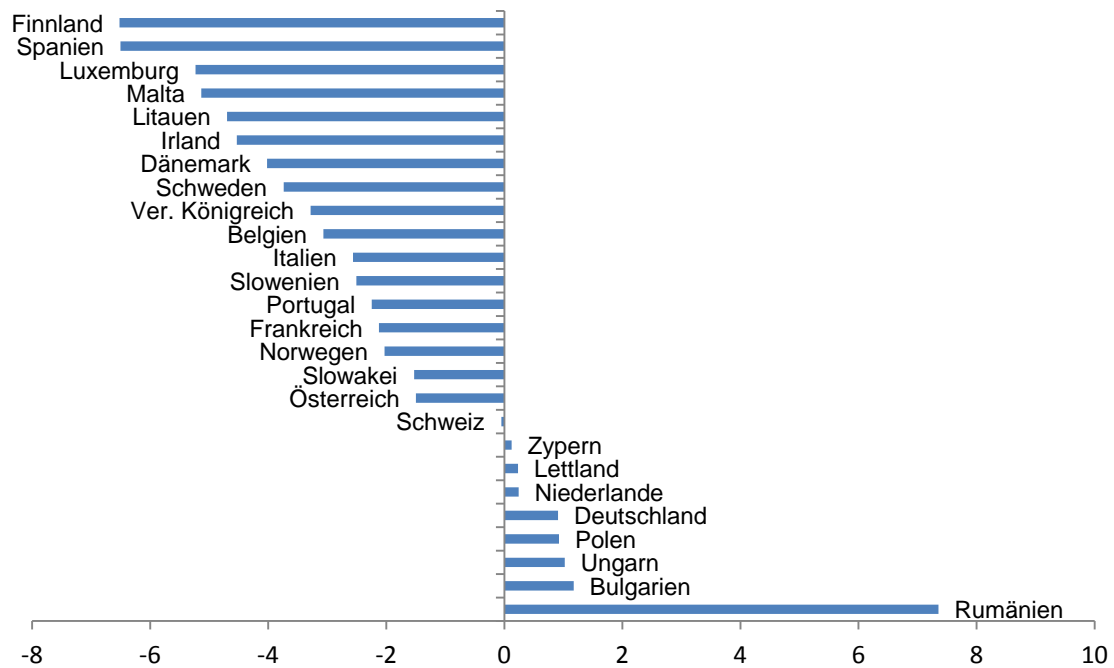
Diesen Arbeitslosenzahlen steht in vielen Ländern keine beschäftigungsintensive Industrie gegenüber. In den vergangenen Jahrzehnten zeichnete sich europaweit ein Strukturwandel ab, der die Anteile der Wirtschaftszweige an der Bruttowertschöpfung weg von der Industrie hin zu Dienstleistungen verschob (Abbildung 9). Die Anteile des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung lagen im Jahr 2013 in Finnland rund sieben Prozentpunkte unter dem Wert von 2005. Lag der Anteil in Spanien 2005 noch bei knapp 32 Prozent des BIP, lag er neun Jahre später nur noch bei rund 25 Prozent.

Abbildung 8
Entwicklung der Arbeitslosenquote in ausgewählten EU Ländern von 2004 bis 2013



Jahresdurchschnitte, nicht saisonbereinigt; Quelle: Eurostat, 2014

Abbildung 9
Veränderung des Anteils der Industrie an der Bruttowertschöpfung in 2013 gegenüber 2005 in Prozentpunkten



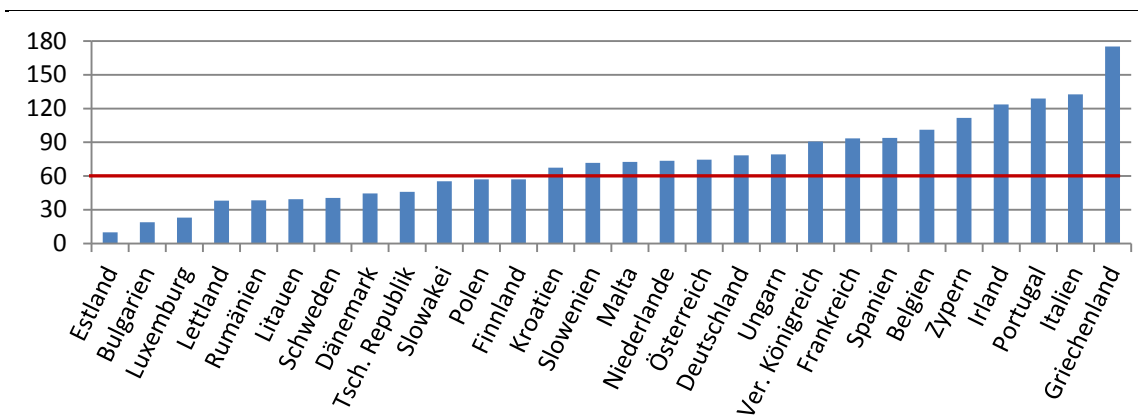
Industrie: Verarbeitendes Gewerbe; Datenquelle: deutschlandin zahlen.de; Ursprungsdaten: Weltbank

2.1.3 Staatsverschuldung

Die hohe Staatsverschuldung war unter anderem Auslöser für die schwere Euro-Schuldenkrise. Seitdem haben viele der Mitgliedstaaten ihre strukturellen Defizite zwar deutlich verringert, doch der Schuldenstand der meisten großen Mitglieder liegt noch (teilweise weit) über 60 Prozent des BIP – der Wert, der die Maastricht-Grenze markiert (Abbildung 10). Im Falle einer erneuten Rezession haben hoch verschuldete Staaten Schwierigkeiten, sich am Markt zu refinanzieren und fiskalpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Gerade in den südeuropäischen Ländern türmen sich hohe Schuldenberge. Mit rund 175 Prozent der Wirtschaftsleistung hat Griechenland (2013) die höchste Staatsschuld. Italien, Portugal und Irland folgen mit Werten von 120 bis 130 Prozent.

Abbildung 10

Staatsverschuldung in Prozent des BIP im Jahr 2013



Quelle: Eurostat, 2014; rote Linie markiert Maastricht-Kriterium

2.1.4 Demografische Entwicklung / Humankapital

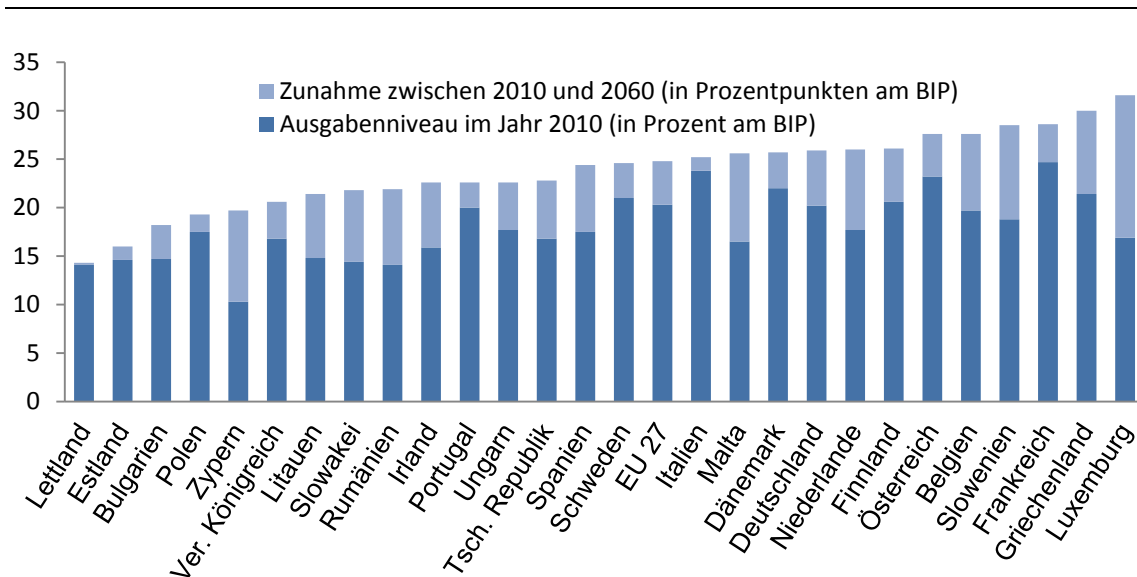
Ein großes Problem, das angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage aktuell wenig Beachtung findet, ist die demografische Entwicklung in Europa. Dabei ist die Alterung der Bevölkerung für die Zukunft Europas mindestens genauso wichtig wie Investitionen oder Staatsschulden. Schon in 25 Jahren werden im EU-Durchschnitt rund 27 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein¹⁹. Aktuell sind es nur rund 19 Prozent. Eine alternde Bevölkerung zieht zahlreiche Konsequenzen für die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, aber auch für die sozialen Sicherungssysteme nach sich. Laut einer Projektion von Moog und Raffelhüschen werden die öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege im EU 27 Durchschnitt bis 2060 um 4,5 Prozentpunkte auf 24,8 Prozent des BIP steigen (Abbildung 11). Am stärksten steigt der Anteil in Lu-

¹⁹ Eurostat, 2014

xemburg (um 14,7 Prozentpunkte). Einige Länder haben dabei bereits heute ein hohes Ausgabenniveau, welches verhältnismäßig wenig steigen wird (z.B. Frankreich und Schweden).

Abbildung 11

Zunahme der öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege bis zum Jahr 2060



Quelle: Moog/Raffelhüschen (2014)

2.2 Die Strategie Europa 2020

Zur Bekämpfung dieser gravierenden Probleme innerhalb vieler europäischer Mitgliedsstaaten hat sich die EU eine ehrgeizige Zukunftsstrategie auferlegt. Die in 2010 vorgeschlagene Strategie „Europa 2020 – für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ setzt die Prioritäten auf fünf Kernziele und nennt konkrete Messziffern sowohl für die EU als Ganzes als auch für die einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese sollen bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Damit will die EU nach dem akuten Krisenmanagement die strukturellen Defizite der Union angehen.

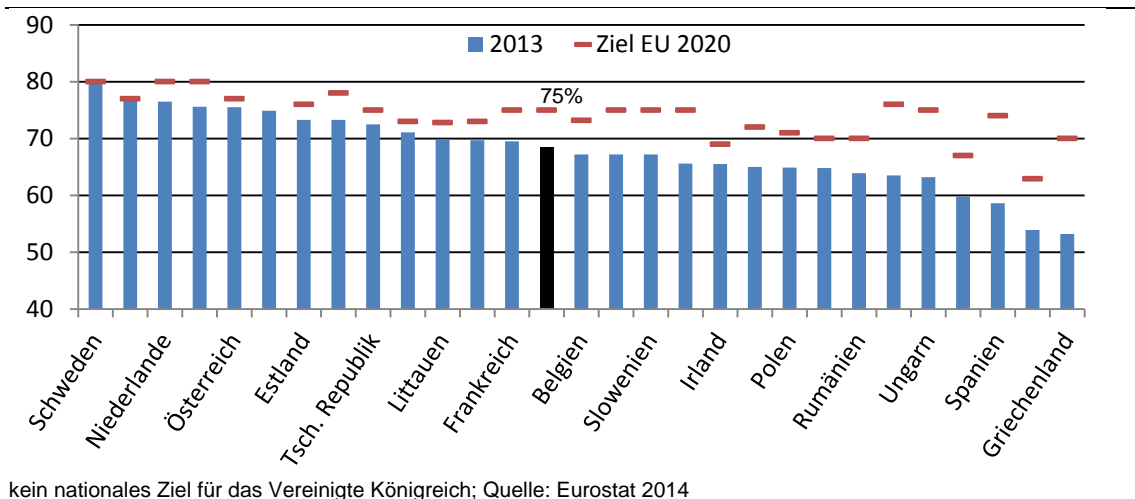
1. Beschäftigung fördern

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden Armut insbesondere in den von der Krise stark betroffenen Staaten legt die EU Kommission als erstes Ziel die Förderung der Beschäftigung fest. Im Jahr 2020 sollen im EU Durchschnitt 75 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 20 und 64 Jahren) einen Job haben (Abbildung 12). Aktuell erreichen das im EU Durchschnitt nur rund 68 Prozent der Länder. Deutschland hat sein nationales Ziel von 77 Prozent bereits in 2013 erreicht. Die größten Lücken zwischen Soll- und Ist-Zustand weisen Griechenland (Lücke von ca. 17 Prozentpunkten), Spanien (15 Prozentpunkte), Bulgarien (13 Prozentpunkte) und Ungarn (zwölf Prozentpunkte) auf.

Dieses Ziel soll nicht nur durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden, sondern langfristig sollen auch die gesamte Erwerbsbevölkerung durch eine verstärkte Einbeziehung von Frauen, älteren Arbeitnehmern und Migranten vergrößern.

Abbildung 12

Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Jahr 2013 und nationale EU 2020 Ziele, in Prozent



2. Forschungsbedingungen verbessern

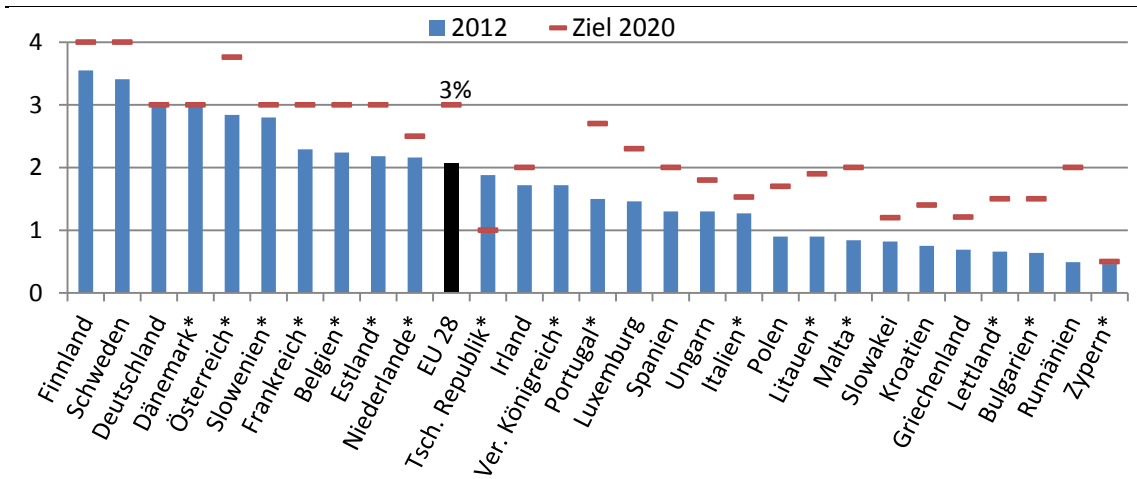
Um den Standort EU attraktiver und wettbewerbsfähiger zu machen, hält die EU-Kommission die Förderung von Forschung und Wissenschaft für notwendig. Insgesamt durchschnittlich drei Prozent des BIP der EU-Staaten sollen bis zum Jahr 2020 jährlich für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Aktuell liegt der Wert bei ca. zwei Prozent (Abbildung 13). Deutschland hat den national vorgesehenen Wert von drei Prozent in 2012 nur um 0,02 Prozentpunkte unterschritten. Am weitesten entfernt von ihren Zielwerten liegen derzeit Rumänien, Malta und Portugal. Um diesem Ziel näherzukommen, will die EU die Bedingungen für private F&E-Tätigkeiten und Investitionen verbessern und gleichzeitig selber aktiv werden.

3. Umwelt schonen

Zum Schutz der Umwelt sollen die Treibhausgasemissionen innerhalb der EU um mindestens 20 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Dieses Ziel konnten nur Schweden, Estland und Bulgarien schon 2012 erreichen (Abbildung 14). Der EU 28 Durchschnitt hinkt sechs Jahre vor dem Referenzjahr um sechs Prozentpunkte hinterher. Am weitesten entfernt vom nationalen Ziel liegen das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Niederlande. Deutschland muss zur Zielerreichung in 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien noch um knapp sechs Prozentpunkte steigern. Darüber hinaus formuliert die EU zwei weitere Zielindikatoren unter dem Kernziel „Umwelt schonen“. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch soll in sechs Jahren auf mindestens 20 Prozent gesteigert werden und die Energieeffizienz im Vergleich zum Jahr 2005 um 20 Prozent verbessert werden.

Abbildung 13

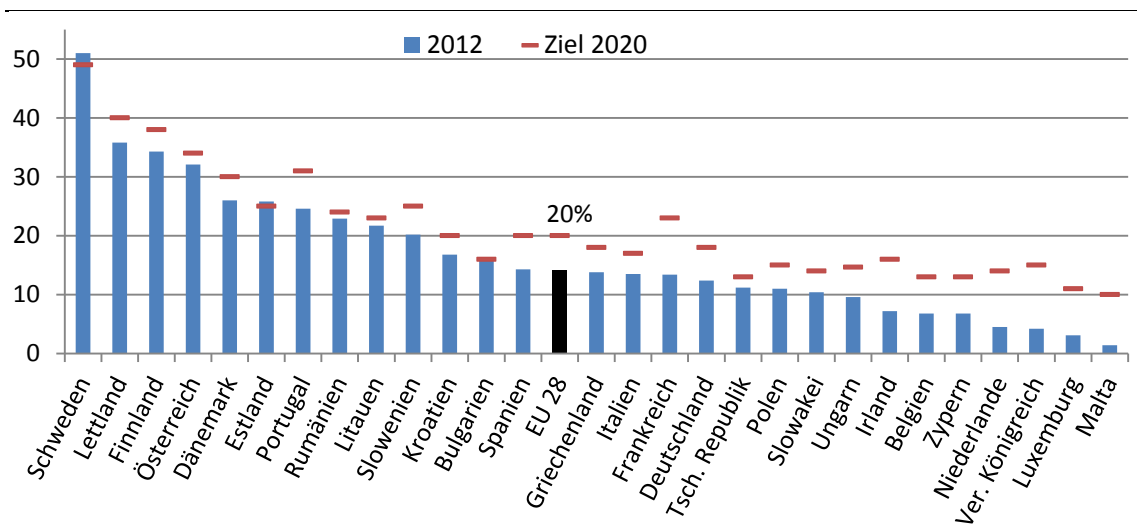
Anteil der Ausgaben für F&E am BIP in 2012 und nationale EU 2020-Ziele



geschätzt für 2012: Dänemark, Deutschland, Irland, Österreich, Schweden; *vorläufige Daten; abweichende Ziele in Tschechien, Irland; Luxemburg, Portugal, Ver. Königreich; Quelle: Eurostat, 2014

Abbildung 14

Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch in der EU 2012 und nationale EU 2020 Ziele, in Prozent



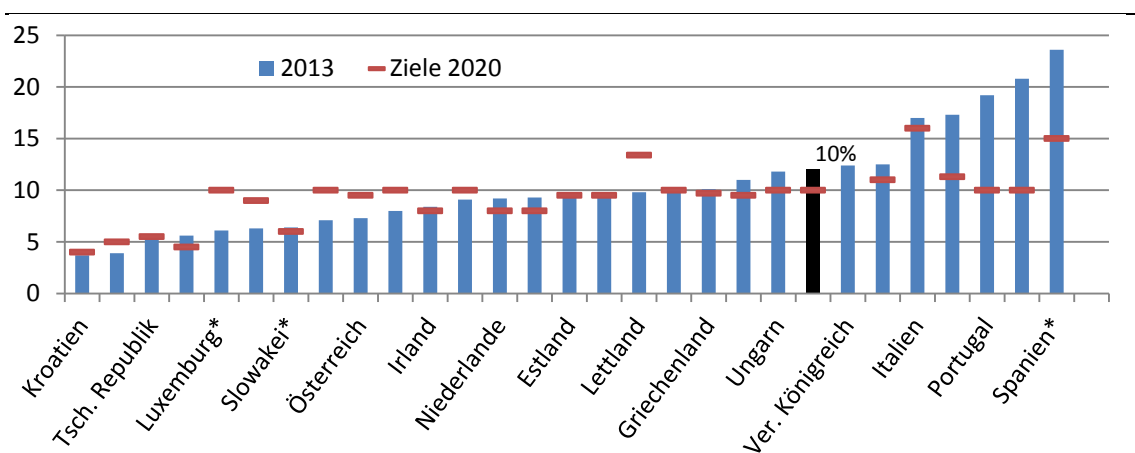
abweichende Definition für Ungarn; Quelle: Eurostat, 2014

4. Bildungsgrad erhöhen

Ein weiteres Ziel der EU-Kommission ist es, dass im EU Durchschnitt der Anteil der frühzeitigen Schulabbrecher die Marke von zehn Prozent bis 2020 nicht mehr überschreitet. Für Deutschland wurde das Ziel von zehn Prozent festgelegt. Bereits 2013 lag der Anteil bei 9,9 Prozent (Abbildung 15). Portugal, Malta und Spanien haben nicht nur die EU-weit höchste Schulabbrecherquote, sondern sind auch am weitesten von ihrem nationalen EU 2020-Ziel entfernt. Darüber hinaus sieht die EU vor, bis 2020 den Anteil der 30 bis 40-Jährigen mit Hochschul- oder äquivalenten Abschluss auf 40 Prozent zu erhöhen.

Abbildung 15

Anteil der Bevölkerung zwischen 18 und 24 Jahren mit Sekundarstufenabschluss als höchste Bildungsstufe im Jahr 2013 und EU 2020-Ziele, in Prozent



abweichende Definition: * jeweils unter x Prozent; kein nationales Ziel für das Vereinigte Königreich;
Quelle: Eurostat, 2014

5. Armut und soziale Ausgrenzung verringern

Mindestens 20 Millionen Menschen weniger sollen im Jahr 2020 von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen sein. Die Messung und Formulierung nationaler Ziele ist bei diesem Kernziel schwierig, da es unterschiedliche nationale Methoden zur Erhebung gibt. Die Gefährdung von Armut bzw. sozialer Ausgrenzung wird anhand der Indikatoren „Erhebliche materielle Entbehrung“, „Armutgefährdung“ und „sehr geringfügige Erwerbstätigkeit“ erhoben. Die nationalen Ziele variieren deutlich auch hinsichtlich ihrer Zahleneinheit und des Zeitraums. Für Deutschland beispielsweise legt die EU fest, die Zahl der langfristig Arbeitslosen um 330.000 zu verringern. In Frankreich soll die Armutgefährdungsquote im Zeitraum von 2007 bis 2012 um ein Drittel reduziert werden.

2.3 Die Prioritäten der neuen EU-Kommission

Der neue Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat ebenfalls ehrgeizige Pläne für die EU, die er am 15. Juli 2014 vorgestellt hat. Das Dokument „Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokrati-

schen Wandel“ listet zehn Schlüsselbereiche, die während seiner Amtszeit im Fokus stehen sollen²⁰.

1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

Mithilfe von intelligenteren Investitionen, mehr Zielgerichtetheit, weniger Regulierung und mehr Flexibilität sollen bis zu 300 Milliarden Euro an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen für die Realwirtschaft, insbesondere für Infrastrukturmaßnahmen mobilisiert werden. Vor allem aber, so Juncker, müssen zusätzlich Maßnahmen für Arbeitsplätze für die junge Generation beschlossen werden. Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sollen durch bürokratische Entlastung vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gefördert werden.

2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

Durch einen vernetzten digitalen Binnenmarkt soll eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von bis zu 250 Milliarden Euro erreicht werden. Um dem Ziel näherzukommen, will Juncker „ehrgeizige gesetzgeberische Schritte zur Verwirklichung eines solchen vernetzten digitalen Binnenmarkts einleiten“.

3. Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

Durch Reformen in der Energiepolitik soll eine europäische Energieunion geschaffen werden, die Ressourcen bündelt und Infrastrukturen verbindet. So soll die Energieabhängigkeit von Drittländern reduziert werden. Diese neue Energieunion soll „weltweit die Nummer eins bei den erneuerbaren Energien“ sein. Über die zuvor aufgezeigten Europa 2020 Ziele zur Energieeffizienz möchte Juncker erheblich hinausgehen.

4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

Juncker setzt sich für eine leistungsfähige industrielle Basis ein. Der Anteil der Industrie am BIP der EU soll von heute 16 Prozent auf 20 Prozent im Jahr 2020 steigen. Zur Vertiefung und faireren Gestaltung des Binnenmarktes sollen darüber hinaus die Pläne zum einheitlichen Aufsichts- und Abwicklungsmechanismus für Banken umgesetzt werden, die Kapitalmarktunion vervollständigt werden und die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter gefördert werden. Steuerumgehung und – betrug soll erschwert und die vorgeschlagenen verschärften Geldwäschevorschriften sollen zügig verabschiedet werden.

5. Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

Mithilfe von legislativen und nicht-legislativen Initiativen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion soll die Stabilität der einheitlichen Währung, die Solidität der öffentlichen Finanzen und soziale Fairness erreicht werden. Im Zuge dessen bekennt sich Juncker als „überzeugter Anhänger der sozialen Marktwirtschaft“, wobei er die sozialen Folgen von geplanten Strukturreformen besonders beachten möchte.

²⁰ Juncker, 2014

6. Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten

Die Produktnormen der USA und der EU sollen gegenseitig anerkannt werden. Gleichzeitig sollen europäische Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz und kulturelle Vielfalt bewahrt und verteidigt werden. Die Verhandlungen will er transparenter gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Europäischen Parlament gestalten.

7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte

Die EU stellt für Juncker nicht nur einen Binnenmarkt dar, sondern auch „eine Union gemeinsamer Werte“. Um diese zu bewahren, beabsichtigt er einem Kommissionsmitglied die spezielle Zuständigkeit für die Grundrechtecharta und die Rechtsstaatlichkeit zu übertragen und den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention abzuschließen.

8. Hin zu einer neuen Migrationspolitik

Um „im Geiste der Solidarität“ zusammenzuarbeiten, schlägt Juncker eine gemeinsame Asylpolitik vor, die legale Zuwanderung ermöglicht und gegen Menschenhandel vorgeht. Auch hierfür soll ein Kommissionsmitglied abgestellt werden.

9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

Der Notwendigkeit einer stärkeren und besseren Präsenz auf internationaler Bühne will Juncker mit einer guten Besetzung und Stellvertretung des Amtes des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik Europas entgegenkommen. Insgesamt möchte Juncker die Zusammenarbeit bei Sicherheits- und Verteidigungsfragen vorantreiben. Von einer Erweiterung der EU in den nächsten fünf Jahren sieht Juncker zum Zwecke der Konsolidierung ab.

10. Eine Union des demokratischen Wandels

Als abschließenden Punkt setzt Juncker die demokratischere Gestaltung des Gesetzgebungsprozesses in der EU auf die Agenda. Dies soll sowohl durch engere Zusammenarbeit mit dem Parlament, stärkeren Kontakt zu den Mitgliedsstaaten als auch mehr Transparenz ermöglicht werden.

Mit dem „Regierungswechsel“ in Brüssel beginnt eine Phase der Neuformierung und Gestaltung. Diese sollte genutzt werden, um richtungweisende Maßnahmen festzulegen und sie im Laufe der kommenden fünf Jahre durchzusetzen. Die EU 2020-Ziele sind hier bereits wichtige Voraussetzungen und auch die Prioritäten der Juncker-Agenda zielen in die richtige Richtung. Ihre Durchsetzung sollte sich an den Maßgaben und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren, da diese Wachstum und Beschäftigung in Europa fördern und zugleich den sozialen Ausgleich ermöglichen, ohne den Wohlstand zu gefährden.

3 Maßnahmen für Europa – Best Practice

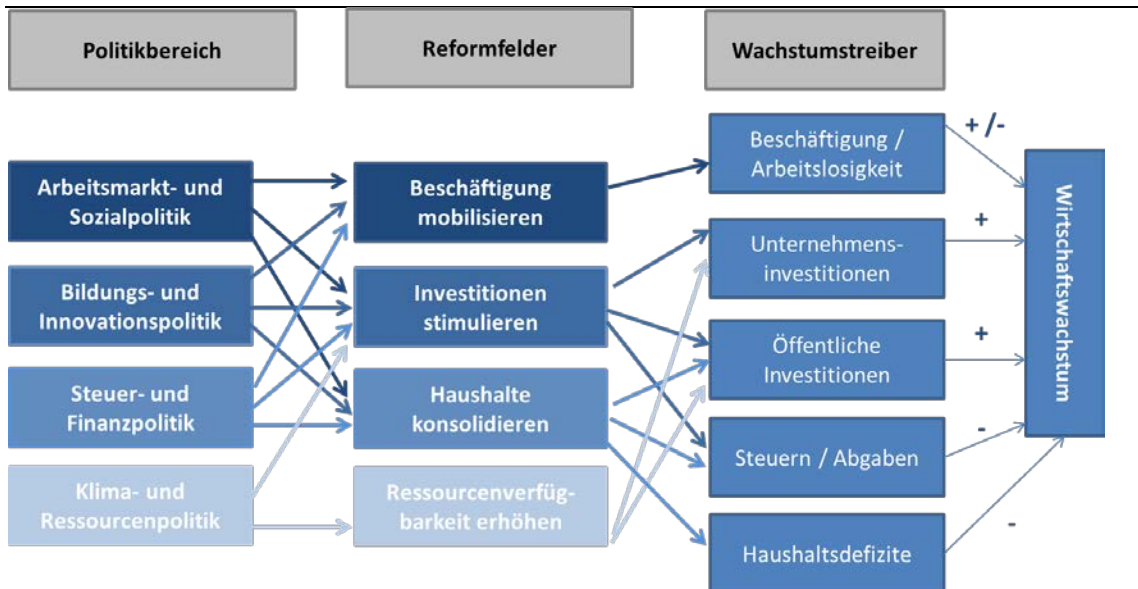
Best Practice Beispiele zu Wachstumstreibern

Die Ziele der EU und der Juncker-Agenda sehen nachhaltiges und integratives Wachstum vor, um die oben skizzierten Probleme innerhalb der EU zu lösen. Wachstum ist ein Produkt verschiedener Faktoren, die durch unterschiedliche Maßnahmen beeinflusst werden können. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln²¹ hat ein Wachstumsmodell erarbeitet, welches die zentralen Wachstumstreiber aufzeigt (Abbildung 16). Dieses zeigt Handlungsoptionen zur Förderung des Wirtschaftswachstums auf vier Reformfeldern auf: Beschäftigung, Investitionen, Haushalte und Ressourcen. Das Modell soll im Folgenden, zugeschnitten auf die Situation der EU, angewendet werden. Da Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft in den vergangenen fünfzehn Jahren eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung gezeigt hat, werden in den jeweiligen Reformfeldern Maßnahmen als Best Practice-Beispiele dargestellt, die an diesem Erfolg maßgeblich beteiligt waren. Dabei kann das deutsche System nicht einfach auf andere Länder übertragen werden. Institutionelle Ausprägungen sind selten ein „Zufallsprodukt“, sondern das Produkt eines „gesellschaftlichen Diskurses“²². Sie entwickeln sich inkrementell oder diskontinuierlich. Diese nationalen Besonderheiten müssen bei der Politikgestaltung beachtet werden. Zur langfristigen Ausrichtungskontrolle politischer Maßnahmen eignen sich aber die ordnungspolitischen Prinzipien. Diese werden bei den jeweiligen Beispielen genannt.

²¹ IW Köln, 2005

²² Sachverständigenrat, 2013

Abbildung 16

Wachstumsmodell

Quelle: eigene Darstellung basierend auf IW Köln, 2005; + = positive/ - negative Wirkung auf Wachstum

3.1 Beschäftigung mobilisieren

3.1.1 Industrie 4.0 und Wertschöpfungstiefe

Großes Potenzial zur Beschäftigungsmobilisierung liegt, wie auch die EU Kommission anerkennt, in einer zielgerichteten Industriepolitik. Diese betrifft die Bereiche Innovationspolitik und Arbeitsmarktpolitik. Eine Industriepolitik der Subventionierung oder des Protektionismus wäre jedoch der falsche Weg und ein ordnungspolitischer Verstoß u.a. gegen offenen Märkte und der knappheitsgerechten Preisbildung. Die Industrie muss vielmehr aus Investitionstätigkeit wachsen und die bestehende Industrie muss „reifer“ werden. Alles andere würde auf eine „Anmaßung von Wissen“ auf Seiten der Politik herauslaufen, die besser in die Zukunft schauen können müssten als Unternehmer. Wachstumspotenziale liegen in der sogenannten Industrie 4.0²³ (vgl.). Darunter versteht man die engere Verknüpfung von Dienstleistungen und der industriellen Fertigung im Sinne von Apps, Datenhandling, IT-Schutzsysteme oder Echtzeit-Monitoring von Maschinen. Sie ermöglicht die Fertigung hochspezialisierter und zugeschnittener Güter in flexiblen Fertigungsprozessen. Damit diese Form der industriellen Fertigung

²³ vbw, 2014b

funktioniert, ist eine besondere Form der Kooperation nötig. In Deutschland sind viele Unternehmen und Institutionen eng miteinander verbunden. Das zeigt sich in der Clusterdichte, die europaweit in zentralen Branchen am weitesten ausgeprägt ist²⁴. Die Wertschöpfungstiefe der deutschen Industrie erlaubt ein differenziertes Leistungsangebot, das für ganzheitliche und spezialisierte Lösungen steht (z.B. hybride Wertschöpfung). Kein anderes Land auf der Welt hat laut World Economic Forum (2013) eine breitere Wertschöpfungskette als Deutschland. Diese erhöht die Effizienz und Innovationsmöglichkeiten und reduziert Markteintrittsbarrieren für neue Firmen. In weit entwickelten Volkswirtschaften, die auf dem neusten technischen Stand sind, ist die effiziente Clusterbildung einer der wenigen möglichen Wege, die Produktivität weiter zu erhöhen²⁵. In Deutschland gelingt das dank des breiten Mittelstandes, der Spezialisierung und Kooperation erleichtert, gut.

Das Ziel von Juncker, den Anteil der Industrie an der Wertschöpfung in der EU von 16 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen, ist demnach zwar an sich zu begrüßen, greift aber zu kurz. Auch die Clusterbildung und die Vertiefung der Wertschöpfungskette sollte forciert werden, damit die bestehende und sich neu ansiedelnde Industrie global wettbewerbsfähig ist und positive Verbundeffekte für Dienstleistungsbranchen entstehen. Wichtige Voraussetzung hierfür ist die Gewährung sicherer Eigentumsrechte und der Vertragsfreiheit. Durch die stärkere Umsetzung dieser ordnungspolitischen Prinzipien wagen sich Unternehmen eher in Kooperationen und können diese ergebnisorientierter gestalten. Auch der Zugang zu offenen Märkten muss sichergestellt werden, da Eintrittsbarrieren die effiziente Clusterbildung behindern. Anstelle von regulativen Eingriffen können so durch ordnungspolitische Rahmensetzung die Industrie und damit die Beschäftigungsperspektiven in Europa gestärkt werden. Die Ziele Junckers, hohe Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen und die Energieversorgung sicherzustellen, unterstützen eine erfolgreiche Re-Industrialisierung. Sie sollten daher konsequent verfolgt werden. Auch die von Juncker geplante Entlastung von KMU von Verwaltungsaufgaben und eine bessere Kontrolle der Rechtssetzung durch einen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission sind zielführend, da eine Stärkung des Mittelstandes auch die Clusterbildung fördert.

3.1.2 Agenda 2010

Neben der Förderung beschäftigungsintensiver Branchen können auch Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und der Steuer- und Finanzpolitik Beschäftigung mobilisieren (siehe Wachstumsmodell). Hierzu können solche Maßnahmen zählen, wie sie in Deutschland im Rahmen der Agenda 2010 durchgeführt wurden. Anfang des Jahres 2003 war die wirtschaftliche Lage in Deutschland schlecht. Die Arbeitslo-

²⁴ ECO, 2014; Röhl, 2013)

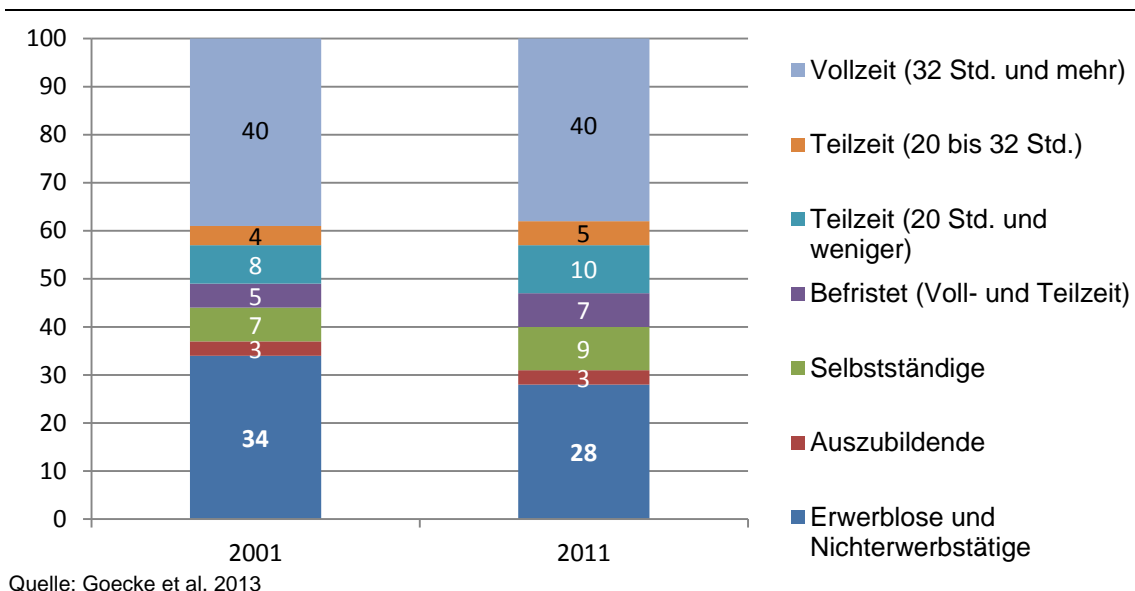
²⁵ WEF, 2013.

senzahl lag bei über vier Millionen, das BIP wuchs seit drei Jahren real kaum noch und den Sozialsystemen drohte der Kollaps. Aus dieser Situation heraus legte die damalige Bundesregierung eine umfassende Reformagenda in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Finanzpolitik vor.

Neben zahlreichen anderen Maßnahmen sahen diese Reformen insbesondere vor, die Anreize zu verbessern, damit Arbeitgeber Arbeitsplätze schaffen und Arbeitslose, ein Arbeitsplatz suchen und Angebote annehmen. Dies wurde insbesondere durch die Deregulierung der Zeitarbeit, Minijob-Reform, Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für Ältere und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV“) umgesetzt²⁶. Die Reformen der Agenda 2010 haben sich als überaus erfolgreich herausgestellt, auch wenn ihnen bei ihrer Einführung große Skepsis entgegen schlug. Die Implementierung führte zu partiellen Härten, die sich jedoch am Ende durch mehr Wohlstand für alle ausgezahlt haben. Entgegen der Kritik konnte ein deutlicher Beschäftigungszuwachs bei weitgehend gleichbleibender Verteilung der Erwerbsarten erzielt werden. Die „normalen“ Beschäftigungsverhältnisse wurden nicht umgewandelt. Stattdessen wurden in erster Linie neue Jobs unterschiedlicher Art geschaffen (Abbildung 17).

Abbildung 17

Anteile der Erwerbsformen in Deutschland in 2001 und 2011, in Prozent der Erwerbsbevölkerung



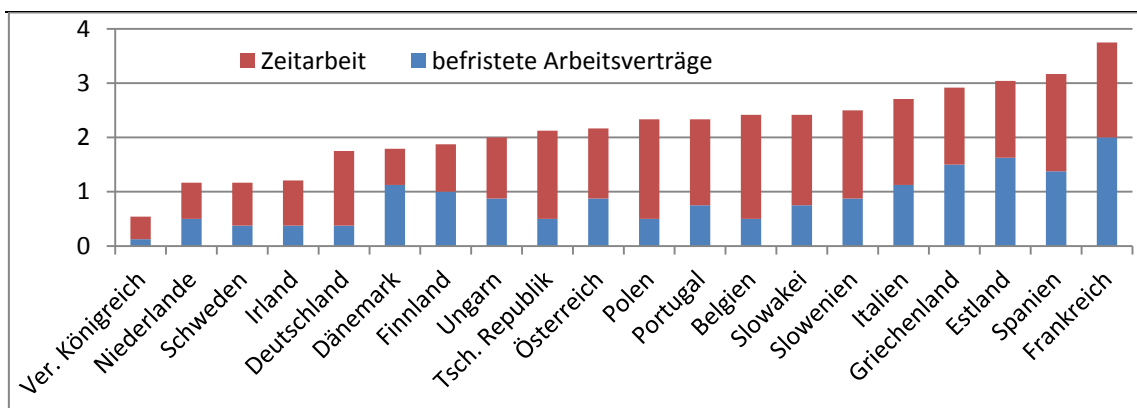
²⁶ Goecke et al., 2013

Eine solche Erfolgsbilanz sollte andere Staaten ermutigen, ähnliche Reformvorhaben mutig und mit langem Atem durchzusetzen. Ein Blick auf den OECD-Indikator zur Regulierungsstrenge von Zeitarbeit und Befristung zeigt nämlich, dass Staaten, die weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, tendenziell auch bei „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen weniger stark regulieren (Abbildung 18). In Frankreich, Spanien, Griechenland und Italien beispielsweise ist die Regulierungsstrenge in diesen Bereichen im Vergleich besonders hoch. Hier könnten gezielte Flexibilisierungsmaßnahmen nach dem Vorbild der Agenda 2010 die Lage am Arbeitsmarkt entspannen.

Der Markteintritt (ordnungspolitisches Prinzip der offenen Märkte) wurde dadurch erleichtert und die Vertragsfreiheit gestärkt. Die in Deutschland umgesetzten Maßnahmen sicherten darüber hinaus das Prinzip der Eigenverantwortung und Haftung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer gewissen Einkommensumverteilung für den sozialen Ausgleich. Ein wichtiges Augenmerk der Politik im Sinne der Balance zwischen Freiheit und sozialem Ausgleich muss der Schutz Schwächerer vor dem Ausnutzen von besonderen Notlagen sein. Im internationalen Gerechtigkeitsvergleich gelingt dies Deutschland im Jahr 2012 vergleichsweise gut, nur fünf kleine Ländern liegen bei der Bedarfsgerechtigkeit noch vor Deutschland²⁷.

Abbildung 18

Strenge der Regulierung von Befristung und Zeitarbeit in 2013, OECD Indikator



Skala von 1 (geringe Strenge der Regulierung) bis 6 (hohe Strenge); Quelle: OECD, 2013

Das ehrgeizige Ziel der EU-Kommission, die Erwerbsbeteiligungsquote im EU-Durchschnitt auf 75 Prozent zu erhöhen, kann nicht ohne ähnliche Reformen erreicht werden. Die vorgesehene Beschäftigungsgarantie für Jugendliche hingegen ist dabei wirkungslos und ordnungspolitisch fraglich. Die Politik kann keine (dauerhaften, wettbewerbsfähigen) Arbeitsplätze selber schaffen und deshalb auch keine Jobs garantieren.

²⁷ Enste; Haas; Wies, 2013

ren. Bei qualifikatorischen Defiziten kann der Staat durch Bildung präventiv agieren, von Eingriffen in die Einstellungspolitik von Unternehmen sollte er aber absehen. Effektiver wäre eine Kooperation von Unternehmen und Staat (siehe Kapitel 3.4).

3.2 Investitionen stimulieren

3.2.1 Langfristfinanzierung

Investitionen stehen weit oben auf der Juncker-Agenda. Das ist auch dringend nötig, denn angesichts der Krise sparen die meisten Länder an der Erhaltung der Substanz und damit an den Grundlagen für zukünftiges Wachstum. Das geplante Investitionsprogramm zielt daher in die richtige Richtung. Auch die Förderung privater Investitionen ist sinnvoll. Doch um Unternehmensinvestitionen langfristig aufrechtzuhalten, bedarf es der richtigen Finanzierungsmöglichkeiten und -struktur. Deutschland folgt dabei der Tradition der Langfristfinanzierung. Anders als in liberalen Ökonomien, deren Unternehmen ihre Finanzierung primär aus dem Aktienmarkt oder durch kurzfristige Kredite und Laufzeiten generieren, sind in Deutschland langfristige Beziehungen zwischen Unternehmen und (Haus-)Banken üblich, die „geduldiges“ Kapital bereitstellen. Diese Form der Finanzierung ist ein wichtiger Grund für die Robustheit der deutschen Industrie und ihrer langfristigen Ausrichtung. Nachhaltig tragbare Geschäftspraktiken helfen, einen langfristigen Wettbewerbsvorteil aufzubauen, denn ein solcher ergibt sich nicht aus „drei- oder vierjährigen Konjunkturzyklen, sondern aus Zeiträumen von zehn oder mehr Jahren, in denen Fachwissen und Anlageinvestitionen aufgebaut werden und Produkte und Verfahren entwickelt werden, um Nachfrage zu schaffen“²⁸. Die langfristige Auslegung von Finanzprodukten war in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von Seiten der Bundesbank sogar institutionell vorgesehen.

Die Etablierung einer solchen Kultur, die Zugang zu langfristigen und soliden Finanzprodukten liefert, könnte auch europaweit helfen. Denn viele kleine und mittelständische Unternehmen in Europa haben Schwierigkeiten, ihren Finanzierungsbedarf zu decken (Abbildung 19). Ein Drittel der befragten KMU in Griechenland gaben in einer Umfrage der Europäischen Zentralbank (EZB) an, in den letzten sechs Monaten zur Zeit der Befragung ein Darlehen beantragt zu haben, aber abgelehnt worden zu sein. In den Niederlanden gaben das sogar 42 Prozent an. In Deutschland wurde nur ein Prozent der Antragsteller laut eigener Angabe abgelehnt. In Griechenland geben darüber hinaus 42 Prozent der befragten KMU an, der Zugang zu Finanzierung sei das größte Problem, das sie aktuell haben (Spanien: 18 Prozent, Frankreich: 13 Prozent). In Deutschland sagen das nur sechs Prozent ²⁹.

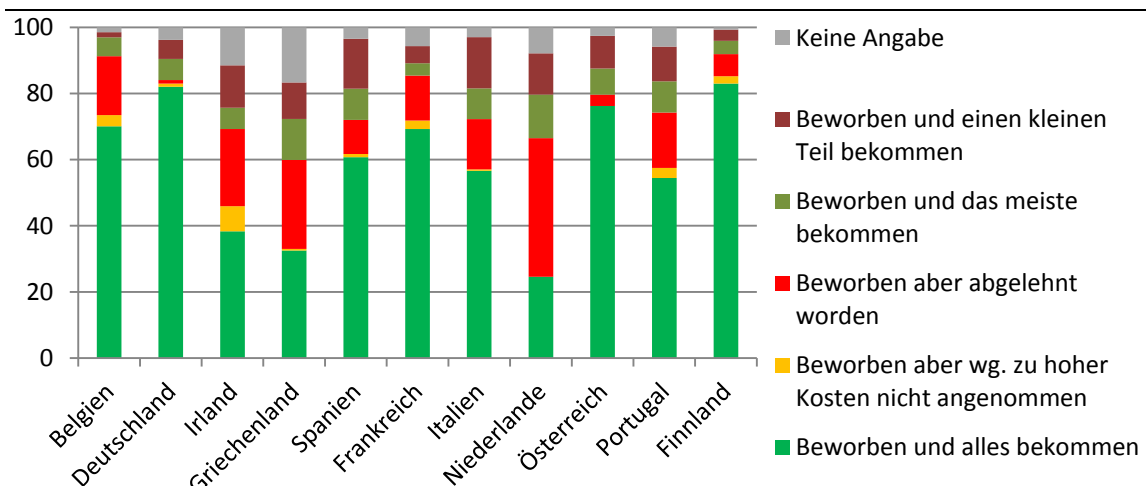
²⁸ Porter, 1991

²⁹ EZB, 2014

Für die vorgesehenen Investitionsprogramme und um Wirtschaftswachstum zu realisieren, sind Finanzierungsmöglichkeiten aber von entscheidender Bedeutung. Die neue EU-Kommission möchte „den Markt- und Finanzierungszugang insbesondere für KMU erleichtern und sicherstellen“³⁰. Hierfür eignen sich eine Mittelstandsbank und eine langfristig orientierte Finanzierungskultur besonders gut, wie man in Deutschland beobachten kann. Im Zuge dessen spricht Juncker auch von neuen Finanzierungsinstrumenten und einer stärkeren Einbindung der Europäischen Investitionsbank. Diese Maßnahmen sind vielversprechend. Denn alleine die Integration der Finanzmärkte und die Verbilligung von Krediten reichen nicht aus. Vielmehr muss die Finanzierung langfristig und nachhaltig orientiert sein. Nach Einschätzung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der deutschen Mittelstandsbank, ist eine enge Kooperation von Regulierern, Investoren und Finanzinstituten notwendig, wenn die Langfristfinanzierung gestützt werden soll.

Abbildung 19

Erfolgsbilanz von KMU, die sich um ein Bankdarlehen beworben haben, in Prozent



Quelle: n = 6.969 KMU, die während der letzten 6 Monate z.Z. der Befragung ein Bankdarlehen beantragt haben; Befragung im Zeitraum Oktober 2013 bis März 2014; EZB, 2014

Regulative Maßnahmen müssen berechenbar sein, die Banken müssen ihre langfristig angelegten Geschäftsmodelle zügig implementieren und Investoren müssen kreative Ideen beisteuern, wie in der schwierigen Phase dennoch großvolumige Finanzierungen bereitgestellt werden können³¹.

Diese Maßnahmen sind auch ordnungspolitisch vertretbar. Berechenbarkeit der Regulatoren entspricht einer konstanten Wirtschaftspolitik, ohne die auch eine Langfristori-

³⁰ Juncker, 2014, 7

³¹ Schröder, 2012

entierung nicht möglich ist. Von zu vielen staatlichen, diskretionären Eingriffen sollte deshalb abgesehen werden. Stattdessen sollten die bestehenden Pläne zügig umgesetzt werden, um das Vertrauen des und in den Kapitalmarkt zu stärken. Die angesprochene Kooperation von Banken, Investoren und Gesetzgebern entspricht zur jetzigen Phase auch dem ordnungspolitischen Prinzip der Finanzmarktpolitik als Antwort auf systemisches Risiko. Dieses zum ursprünglichen Katalog von Eucken hinzugefügte Prinzip hat seine Berechtigung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erlangt. Eine dauerhafte und starke Einmischung des Staats jenseits von Situationen des systemischen Risikos ist jedoch nicht vorgesehen.

3.2.2 Digitale Agenda

Die digitale Infrastruktur und Kommunikationstechnologie hat, wie in der Juncker-Agenda, auch bei der Bundesregierung eine hohe Priorität. Sie hat für den Zeitraum 2014 bis 2017 eine digitale Agenda aufgelegt, die Maßnahmen in mehreren Bereichen vorsieht³². Im Bereich der digitalen Infrastruktur beispielsweise sollen die Rahmenbedingungen zur Unterstützung des marktgetriebenen Ausbaus verbessert werden, da dieser für die Unternehmen hohe Kosten darstellt. Dafür will die Bundesregierung die vorhandenen Netzstrukturen transparent machen und Kooperationen beim Ausbau fördern. Gleichzeitig will sie den Ausbau selbst finanziell unterstützen und Genehmigungsverfahren verschlanken. Im Bereich „Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten“ erkennt die Bundesregierung die Potenziale der „Industrie 4.0“ und will daher die digitale Wirtschaft durch innovationsfreundliche Bedingungen (Freiheit, Transparenz, Datenschutz und -sicherheit, Wettbewerb), Forschungsstärke und einen offenen Dialog zwischen Politik und Wirtschaft unterstützen.

Die hohe Priorisierung der digitalen Infrastruktur bei der neuen Kommission sollte dafür genutzt werden, die Integration der digitalen Netze und die Liberalisierung der Märkte in Europa voranzutreiben. Die stärkere Verantwortungsübernahme der Politik ist ordnungspolitisch gewünscht, da die Bereitstellung öffentlicher Güter sowie die Korrektur von externen Effekten ausdrückliche Aufgabe der Politik ist. Daher sollte sie insbesondere den (Aus-)Bau von Netzen dort fördern, wo es für private Anbieter nicht rentabel ist, um die Versorgung aller Bürger zu gewährleisten. Die Vorbereitung der Infrastruktur auf zukünftiges Kommunikations- und Nutzungsverhalten sorgt auch für langfristige Planbarkeit. Um eine konstante Wirtschaftspolitik zu erreichen, gilt es keine zu kleinteiligen Maßnahmen zu ergreifen, sondern übergeordnete Ziele zu vereinbaren.

³² BMWi, 2014b

3.3 Haushalte konsolidieren

3.3.1 Schuldenbremse

Die schwerwiegenden Folgen langanhaltender und überbordender Staatsverschuldung wurden in der vergangenen Finanz- und Wirtschaftskrise sehr deutlich. Obwohl die EU bereits in ihren Maastricht-Verträgen Höchstgrenzen der Staatsverschuldung für die Mitgliedsländer festlegte, wurden diese von den meisten Ländern (Deutschland inbegriffen) nicht eingehalten. Umso wichtiger ist es, die Haushaltskonsolidierung und die Reduktion der Staatsverschuldung in der neuen Legislaturperiode ehrgeizig zu verfolgen, um Wachstum stimulieren zu können. Deutschland, das selbst mit rund 78 Prozent des BIP im Jahr 2013 verschuldet ist, hat sich zur Haushaltskonsolidierung im Jahr 2009 eine Schuldenbremse auferlegt, die im Grundgesetz verankert wurde. Diese sieht einen schrittweisen Abbau der strukturellen Neuverschuldung des Bundes bis zum Jahr 2016 und der Länder bis zum Jahr 2020 vor. Ausnahmeregelungen können nur unter strenger Kontrolle und mit Zustimmung des Bundestages durchgesetzt werden. Dabei ermöglichen symmetrische Konjunkturregeln eine konjunkturgerechte Finanzpolitik. In konjunkturell schwachen Zeiten werden die Verschuldungsgrenzen erweitert, bei guter Konjunktur aber gegenläufig reduziert. Ziel ist es, in guten Zeiten den Haushalt zu konsolidieren, anstatt, wie in der Vergangenheit, den Schuldenberg sogar noch zu vergrößern. Die Verankerung dieser Regeln auf höchster Gesetzesebene verhindert die Missachtung, da Verstöße nicht „wegregiert“ werden können.

Diese in Deutschland bereits 2009 eingeführte Schuldenbremse diente auf europäischer Ebene als Vorbild für die im „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ – umgangssprachlich Fiskalpakt – erhaltene Regelung, nach der die Mitgliedsstaaten ab 2014 eigene nationale Schuldenbremsen einführen müssen. Der Fiskalpakt gilt seit dem 01. Januar 2014. Die Durchsetzung der Schuldenbremsen wird vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) überwacht. Dieser darf im Falle eines Verstoßes auch Sanktionen verhängen. Nationale Abweichungen sind nur mit Zustimmung einer Mehrheit von Staaten der EU möglich. Damit sind die Regeln über die Neuverschuldung der Mitgliedsländer gegenüber den Maastricht-Verträgen auf die nationale Ebene gegeben worden. Die Länder müssen sich selber eine Schuldenbremse verordnen. Die Kontroll- und Sanktionsmechanismen auf europäischer Ebene verstärken aber den Druck, die selbst gesetzten Richtlinien tatsächlich einzuhalten.

Diese nationalen Schuldenbremsen sind ordnungspolitisch sehr zu begrüßen, denn sie verstärken das Prinzip der Haftung auch auf institutioneller Ebene. Gleichzeitig stärken sie die Konstanz der Wirtschaftspolitik, da Änderungen an den Verfassungen nur schwer durchzusetzen sind und langfristig solide Staatsfinanzen auch für Bürger und Unternehmen Planungssicherheit bieten. Die Bereitstellung öffentlicher Güter wurde in der Vergangenheit zwar häufig durch Staatsverschuldung finanziert. Schuldenfinanzierte öffentliche Güter heute bereitzustellen, geht jedoch zu Lasten der kommenden Generation, die nur begrenzt von den heutigen Ausgaben profitieren. Darüber hinaus

kann die Versorgung mit öffentlichen Gütern nur langfristig sichergestellt werden, wenn dem Staat kein Bankrott droht.

3.3.2 Generationenbilanzierung und Tragfähigkeitsanalyse

Deshalb sollte nicht nur die aktuelle Haushaltslage in die Finanzplanung eines Landes eingehen, sondern auch die zukünftige Entwicklung. Die Tragfähigkeit jetziger Ausgaben für zukünftige Generationen muss deshalb berücksichtigt werden. In Deutschland beauftragt das Bundesfinanzministerium (BMF) unabhängige Wirtschaftswissenschaftler mit Modellrechnungen zur Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen. Damit bezweckt es, „sowohl die künftige finanzpolitische Entwicklung, als auch die Wirksamkeit von Reformen und Reformoptionen so gut wie möglich abzuschätzen“³³.

Die Europäische Kommission erstellt ebenfalls einen Tragfähigkeitsbericht. Dieser sollte in die Finanzentscheidungen der einzelnen Länder einbezogen werden. Aufgrund unterschiedlicher Bevölkerungsentwicklungen und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen fällt die altersabhängige Ausgabenzunahme unterschiedlich aus (Tabelle 2). In Deutschland liegt die Zunahme der altersabhängigen Kosten im Vergleich zu den anderen Mitgliedsstaaten im mittleren Bereich. Frankreich beispielsweise hat weniger demografische Probleme, hat aber bereits heute im Vergleich zu den anderen Staaten sehr hohe altersabhängige Ausgaben. Einheitliche Auflagen sind daher nicht sinnvoll. Den einzelnen Ländern sollte vielmehr, wie bei den nationalen Schuldenbremsen, entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip die Verantwortung gegeben werden und diese auf europäischer Ebene überwacht werden. Indem die jetzigen Generationen für ihre Ausgaben aufkommen müssen und zukünftige Generationen nur in zumutbarem Maße belastet werden, wird das Prinzip der Haftung auch zwischen Generationen umgesetzt und die Generationengerechtigkeit gewahrt. Gleichzeitig wird die Konstanz der Wirtschaftspolitik angestrebt, da zukünftige Szenarien bereits in jetzige Planungen einbezogen werden und daher die Wahrscheinlichkeit sinkt, gegensteuern oder umdisponieren zu müssen.

Tabelle 2

Veränderung der altersabhängigen Ausgaben in Bezug zum BIP (2007 bis 2060)

<i>mehr als 7 Prozentpunkte</i>	<i>4 bis 7 Prozentpunkte</i>	<i>unter 4 Prozentpunkte</i>
Luxemburg	Belgien	Bulgarien
Griechenland	Finnland	Schweden

³³ BMF, 2011, 7

Slowenien	Tschechische Republik	Portugal
Zypern	Litauen	Österreich
Malta	Slowakei	Frankreich
Rumänien	Vereinigtes Königreich	Dänemark
Niederlande	Deutschland	Italien
Spanien	Ungarn	Lettland
Irland		Estland
		Polen

Quelle: BMF, 2011; S. 37; Rangfolge ergibt sich aus der Höhe des Anstiegs

3.4 Humanressourcen bilden

3.4.1 Duales Ausbildungssystem

Ein weiteres Reformfeld, um Wachstum zu stimulieren ist, die Sicherung der Ressourcenverfügbarkeit im Allgemeinen und in Bezug auf die wissensintensiven Wirtschaftszweige in Europa die Sicherung der Humanressourcen m Besonderen. Die Verfügbarkeit von qualifizierten Mitarbeitern ist elementarer Bestandteil der Standortqualität Europas. Darüber hinaus sehen sich derzeit viele europäische Länder vor dem Problem hoher Jugendarbeitslosigkeit. Im Durchschnitt sind etwa 23 Prozent der Jugendlichen im erwerbsfähigen Alter in Europa arbeitslos³⁴.

Die Gründe für dieses Problem sind je nach Nation unterschiedlich. Einige Gemeinsamkeiten lassen sich aber erkennen. Zum einen leiden die Jugendlichen unter der allgemein schlechten wirtschaftlichen Lage und der Zurückhaltung von Unternehmen bei Neuanstellungen. Zum anderen gibt es eine Diskrepanz zwischen der Qualifikation, die die Unternehmen suchen und derjenigen, die die Jugendlichen anzubieten haben³⁵. Die Einbeziehung des privaten Sektors in Form eines dualen Ausbildungssystems, in dem staatliche Berufsschulen und private Unternehmen sich die Qualifikation des Nachwuchses teilen ist daher sinnvoll. Das zeigt auch ein Blick auf die Hauptgründe für eine Teilzeitbeschäftigung von 15 bis 24 Jährigen in Europa (Abbildung 20). In

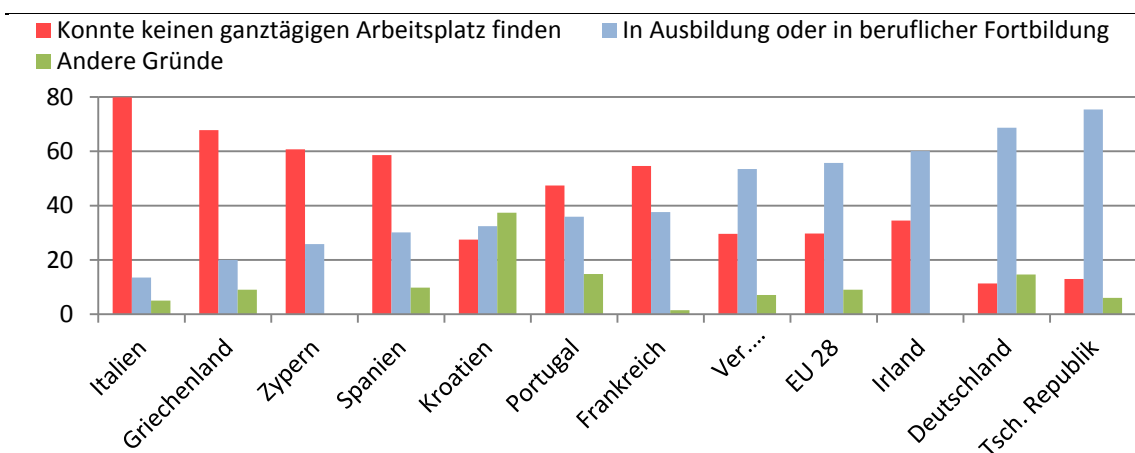
³⁴ Eurostat, 2014

³⁵ Berlingieri et al, 2014

Deutschland und der Tschechischen Republik, beides Länder, in denen eine Form des dualen Ausbildungssystems praktiziert wird, gibt eine überwältigende Mehrheit an, aufgrund einer Ausbildung oder beruflichen Fortbildung in Teilzeit zu arbeiten. In Italien und Griechenland konnten die meisten Teilzeitbeschäftigten keinen Vollzeit-Job finden. In diesen Ländern ist auch die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch. Die Umsetzung eines dualen Ausbildungssystems auf nationaler Ebene, angepasst auf die nationalen Bedürfnisse, ist also sowohl ein adäquates Mittel, um Jugendliche aus der Erwerbslosigkeit zu führen und als auch einen besseren Qualifikationsabgleich mit den Bedürfnissen der Unternehmen zu erzielen.

Abbildung 20

Hauptgründe für eine Teilzeit-Beschäftigung der 15 bis 24-Jährigen, in Prozent in 2013



weitere Antwortmöglichkeiten: z.B. Betreuung von Kindern oder Eltern, Krankheit; keine Werte für "andere Gründe" bei Zypern und Irland; Quelle: Eurostat, 2014

Ordnungspolitisch stellt eine solche Ausbildungsorganisation eine Form der Mitverantwortung dar. Die Unternehmen fordern nicht nur die Ausbildung von zukünftigen Mitarbeitern vom Staat, sondern übernehmen selber einen Teil davon. Auch die Vertragsfreiheit wird durch ein duales Ausbildungssystem nur wenig eingeschränkt, da es keine generelle Pflicht zur Ausbildung gibt, sondern dies bei Unternehmen auf freiwilliger Basis geschieht.

3.4.2 Demografiepolitik

Angesichts des demografischen Wandels, der sich in Europa in den meisten Ländern abzeichnet, bedarf es einer aktiven Demografiepolitik. Die EU 2020-Ziele adressieren nicht direkt die demografischen Probleme in Europa. Zwar betonen sie den Fachkräftemangel, jedoch nicht die demografische Entwicklung an sich. Juncker nimmt in seiner Agenda Bezug auf dieses Problem, indem er eine neue Migrationspolitik entwerfen möchte. Sein Ziel ist es, Europa für legale Zuwanderung genauso attraktiv zu machen, wie Australien, Kanada und die USA. Alleine die Überprüfung der „Blue-Card“-Richtlinien und Migrationsförderung wird die demografischen Probleme allerdings nicht lösen können. Die Familienpolitik gehört mit den Zielen der Verbesserung bei Geld,

Zeit und Infrastruktur auf die politische Agenda, allerdings unter Beachtung der ordnungspolitischen Prinzipien, wie Vertragsfreiheit, Haftung und Privateigentum. Pauschale Modelle, welche den Steuerzahler viel Geld kosten, fallen damit schon einmal weg. Wichtiger als Geldleistungen ist z. B. eine höhere Flexibilität bei der Arbeitszeit.

Deutschland verfolgt seit vielen Jahren eine aktive Politik der Fachkräftesicherung, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Der Maßnahmenkatalog des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) sieht unter anderem die in Abbildung 21 aufgeführten Maßnahmen vor, die auch auf europäischer Ebene vielversprechend sind. Die Nationalstaaten müssen ihre Demografiepolitik aber selbst gestalten, da die Strukturen und Probleme europaweit unterschiedlicher Natur sind.

Abbildung 21

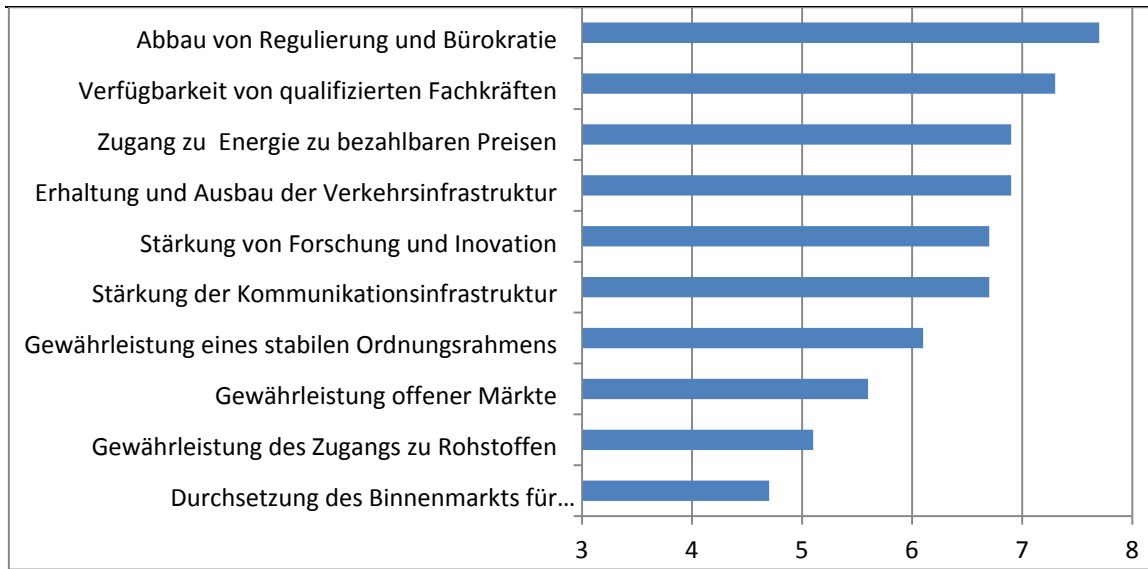
Mobilisierbarkeit von Fachkräften in Deutschland nach Volumen und Zeitfaktor

hohes Potenzial	Arbeitszeiten von erwerbstätigen Frauen ausweiten +++		nicht erwerbstätige Mütter integrieren +++	
	ältere länger in Arbeit halten ++	berufliche Mobilität erhöhen ++	Betreuung und Bildung für Kinder ausbauen ++	
geringes Potenzial	ausländische Abschlüsse anerkennen +	Fachkräfte international rekrutieren + (Langzeit-) Arbeitslose aktivieren +	mehr Jugendliche in Berufsausbildung integrieren +	Frauen für MINT-Berufe interessieren +
	kurz- bis mittelfristig wirksam		mittel- bis langfristig wirksam	

Gesamtpotenzial: hoch +++; mittel ++; gering +; Quelle: BMAS (2011)

Für Unternehmen ist neben der Fachkräftesicherung die Verbesserung der Rahmenbedingungen zentral. Die Erhaltung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der Zugang zu Innovation und Forschung sowie die Stärkung der Kommunikationsinfrastruktur gehören zu den Aufgaben, die Unternehmen als wichtig für die Politik ansehen (Abbildung 22). Der Abbau von Regulierung und Bürokratie ist aus Sicht der Wirtschaft die wichtigste Aufgabe. Gelingt der Kommission das in der kommenden Legislaturperiode, wird auch die private Investitionstätigkeit steigen und der Standort Europa für Unternehmen wieder attraktiver – und die Voraussetzungen zur Bewältigung des demografischen Wandels verbessern sich.

Abbildung 22

Prioritäten für die Politik in Europa bis 2025 aus Sicht der Wirtschaft

n = 599 europäische Unternehmen, befragt im Frühjahr 2014; Skala: von 1 „Das Engagement der Politik hat momentan das richtige Ausmaß“ bis 10 „Das Engagement der Politik sollte hier wesentlich stärker ausgebaut werden“; Quelle: IW Consult, 2014

4 Fazit

Einen neuen Start für Europa nutzen

Nach sechs Jahren der Krisen- und Interventionspolitik steht Europa aktuell vor einer Phase der Umstrukturierung und Neugestaltung. Auch an der politischen Spitze der Staatengemeinschaft wird ein Personalwechsel vollzogen. Nach zehn Jahren gibt der ehemalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso den Vorsitz der Europäischen Kommission an Jean-Claude Juncker ab. Diese Ausgangslage sollte Europa nutzen, um dringend notwendige Reformmaßnahmen, die teilweise bereits schon in den vergangenen Jahren geplant wurden, umzusetzen. Die Ziele der EU 2020 Strategie sowie die Leitlinien der Juncker-Kommission geben eine wichtige Orientierung. Angesichts der Vielzahl an Zielen ist aber eine Priorisierung notwendig.

Aufgrund der unbefriedigenden wirtschaftlichen Lage muss sich Europa zunächst auf Strukturreformen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung konzentrieren. Im Bereich der Industriepolitik sollte deshalb zur Beschäftigungsmobilisierung nicht nur die Reindustrialisierung vorangetrieben werden, sondern durch verbesserte Bedingungen die Clusterbildung erleichtert werden. Sonst kann die Wettbewerbsfähigkeit des neu entstehenden Industriesektors langfristig nicht gewährleistet werden. Darüber hinaus sollten auf nationaler Ebene mutige Arbeitsmarktreformen gewagt werden, um die Flexibilität des Arbeitsmarktes zu erhöhen. Gleichzeitig muss bereits heute der Grundstein für zukünftiges Wachstum gelegt werden. Dafür muss die Investitionstätigkeit angekurbelt werden. Das gelingt nicht ohne eine passende Finanzierungsstruktur. Neue Finanzinstrumente sollten durch entsprechende Regelungen hin zu einer Kultur der Langfristfinanzierung führen. Das unterstützt auch das Ziel einer wettbewerbsfähigen und robusten Industrie. Ein entscheidender Treiber für private Investition ist eine gute und sichere Infrastruktur. Diese ist bisher eine Stärke Europas. Im Bereich der digitalen Infrastruktur, die in Zukunft besonders wichtig ist, muss Europa aber seinen Vorteil ausbauen und intensiv die Netzstruktur erweitern.

Die Attraktivität Europas für Investoren wird auch durch tragfähige öffentliche Haushalte steigen. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie schnell das Vertrauen des Kapitalmarkts verspielt ist, wenn den Staaten die Zahlungsunfähigkeit droht. Die Konsolidierung der Haushalte muss daher dringend fortgeführt werden. Dafür eignen sich die nationalen Schuldenbremsen, wenn jeder Verstoß auch konsequent geahndet wird. Bei der Schuldenaufnahme von Mitgliedsstaaten sollte auch die Tragfähigkeit für kommende Generationen nicht aus dem Blick geraten. Denn die Kosten des demografischen Wandels scheinen vielen Ländern heute noch nicht bewusst zu sein. Vor diesem Hintergrund ist erschreckend, dass weder die EU 2020-Ziele, noch die Juncker-Agenda, explizit eine aktive Demografiepolitik vorsehen. Dieses Problem gerät bei aktuellen, großen konjunkturellen und sozialen Problemen leicht aus dem Blickfeld. Wenn aber nicht bereits heute Maßnahmen ergriffen werden, wird der demografische Wandel das nächste, dann nicht mehr lösbare Problem der EU sein.

Literaturverzeichnis

- Berlingieri, Francesco et al. (2014)** Youth Unemployment in Europe. Appraisal and Policy Options; Robert Bosch Stiftung. Stuttgart
- BMAS (2011)** Fachkräftesicherung. Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung; Bundesministerium für Arbeit und Soziales;
http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/fachkraeftesicherung-ziele-massnahmen.pdf?__blob=publicationFile
- BMF (2011)** Dritter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen; Bundesministerium der Finanzen
- BMWi (2014a)** Projektionen der Bundesregierung; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunktur-und-Statistiken/projektionen.html>
- BMWi (2014b)** Digitale Agenda 2014 – 2017; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/digitale-agenda-2014-2017.property=pdf.bereich=bmwi2012.sprache=de.rwb=true.pdf>
- EC (2010)** Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel, 3.3.2010 – Mitteilung der Kommission
- ECO (2014)** Clusters at your fingertips. Online verfügbar unter European Cluster Observatory; <http://www.clusterobservatory.eu/index.html>
- Eucken, Walter (1952)** Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen
- Eurostat (2014)** Eurostat Datenbank, Europäische Kommission; <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>
- EZB (2014)** SAFE - Survey on the Access to Finance of small and medium-sized Enterprises. October 2013 to March 2014; http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140430_1.en.html, zuletzt geprüft am 27.08.2014
- Enste, Dominik; Haas, Heide; Wies Jana (2013)** Internationaler Gerechtigkeitsindex – Analyse und Ergebnisse für 28 Industriestaaten, IW-Analysen – Forschungsberichte Nr. 91, Köln 2013
- Goecke, Henry; et al. (2013)** Zehn Jahre Agenda 2010. Eine empirische Bestandsaufnahme ihrer Wirkungen. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW policy paper, 7/2013)
- Grömling, Michael (2013)** Wirtschaftsstrukturen in Europa. In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa. Köln: IW Medien (IW-Analysen, 88), S. 31–52
- IW Köln (2005)** Vision Deutschland. Der Wohlstand hat Zukunft. Köln: Deutscher Instituts Verlag (IW-Studien)

- IW Consult (2012)** Wertschöpfungsketten und Netzwerke. Wertschöpfungsketten und Netzwerkstrukturen in der deutschen Industrie - welche Veränderungen sind zu erwarten? Endbericht der IW Consult im Auftrag der Verbände VCI, VDMA und WV Stahl
- IW Consult (2014)** Europa 2025 aus Sicht der Wirtschaft; beauftragt von Europäischer Wirtschafts- senat e.V.
- Juncker, Jean- Claude (2014)** Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission
- Moog, Stefan; Raffelhüschen, Bernd (2013)** Ehrbare Staaten? Update 2013. Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa; Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 125; ; Stiftung Marktwirtschaft
- Niehues, Judith (2014)** Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen; IW- Trends Nr. 2/2014; Institut der deutschen Wirtschaft Köln
- OECD (2013)** OECD Employment Outlook 2013, Paris
- Porter, Michael (1991)** Nationale Wettbewerbsvorteile. Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt. München
- Röhl, Klaus-Heiner (2013)** Industriecluster in Europa. In: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa. Köln: IW Medien (IW- Analysen, 88), S. 70–88
- Rüstow, Alexander (2001)** Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, Marburg
- Sachverständigenrat (2013)** Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2013/14. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Wiesbaden
- Schröder, Ulrich (2012)** Langfristfinanzierung in Zeiten der Krise; Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Kommentar - Absolut report Nr. 6/2012, S.17
- Schüller, Alfred; Krüsselberg, Hans- Günter (2004)** Grundbegriffe zur Ordnungstheorie und Politischen Ökonomik. Arbeitsberichte zu Ordnungsfragen der Wirtschaft Nr. 7, Marburg
- Statistisches Bundesamt (2014)** Datenbank des Statistischen Bundesamtes; <https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>
- The Economist (1999)** The sick man of the euro. The biggest economy in the euro area, Germany's, is in a bad way. And its ills are a main cause of the euro's own weakness (June 5th). Online verfügbar unter <http://www.economist.com/node/209559>, zuletzt geprüft am 05.12.2013
- WEF (2013)** The Global Competitiveness Report 2013-2014. Full Data Edition; World Economic Forum.

- vbw (2012)** Ordnungspolitischer Bericht 2012 des Aktionsrats Marktwirtschaft. Teil 1: Ordnungspolitische Grundlagen. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. München
- vbw (2013)** Ordnungspolitischer Bericht 2013. Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. München.
- vbw (2014a)** Ordnungspolitischer Bericht 2014. Soziale Sicherung zukunftsfest gestalten. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. München.
- vbw (2014b)** Dienstleistungspotenziale im Rahmen von Industrie 4.0; Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. München

Ansprechpartner

Beate Neubauer

Abteilung Sozial- und Gesellschaftspolitik

Telefon 089-551 78-534

Telefax 089-551 78-241

beate.neubauer@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber:

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2014

Weitere Beteiligte:

IW Köln